

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Bekannt-
 machung für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 2. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unabhängigkeit oder Absolutismus?

Die politische Vormundschaft, welche die staatlichen Organe kraft der Städte-Ordnung über Berlin ausüben, soll — dem Anschein nach — durch eine die künstlerisch-ästhetischen und verkehrstechnischen Aufgaben der Stadt leitende Obervormundschaft des Kaisers erweitert werden.

Die letzten Tage haben in dieser Beziehung für Magistrat und Stadtverordnete von Berlin zwei Fragen aufgerollt, die Prüfstein dafür sein werden, wie weit das freisinnige Bürgertum noch imstande ist, seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu verteidigen und zu schützen.

Seit einigen Jahren arbeitet eine Deputation, aus Mitgliedern beider städtischen Körperschaften gebildet, an der künstlerischen Ausschmückung der öffentlichen Plätze und Parks, wozu ihr jährlich 100 000 M. zur Verfügung stehen.

Mit besonderer Sorgfalt ist ein Projekt bearbeitet worden, welches dem Eingang zum Friedrichshain einen künstlerischen Schmuck geben will, der die Tausende von Kindern, die dort ihre Freistunden bei lustigem Spiel verbringen, in die Märchenwelt einführen soll.

„Säuerwittdien“ und „Dornröschen“ sollen Augen und Herzen der Kinderschar erfreuen und die harmlos-fröhliche Jugendlust wird noch gesteigert werden durch das komische Weiwert, welches in Gestalt von Tieren, Blumen und Menschen die wasserpendenden Steinbrunnen umgibt.

Der leitende Architekt, die städtischen Auftraggeber, die ausführenden Künstler, alleamt haben gewetteifert, um ein schönes Kunstwerk zu schaffen — die öffentliche Kritik hat mit Anerkennung und Lob nicht gespart — nur dem Kaiser scheint Idee und Ausführung nicht zu gefallen.

Das wäre ja nun an sich nicht von Bedeutung, denn das abschreckende Urteil eines — wenn auch künstlerisch veranlagten — Laien kann natürlich die mehrjährige Arbeit einer Anzahl hervorragender und ausschließlich anerkannter Architekten und Bildhauer nicht herabsetzen — aber, und damit gestaltet sich die Angelegenheit zu einem Konflikt zwischen der Stadt und dem Träger der Krone, der Kaiser hat Einspruch gegen die Vorforderung und Aufstellung der Märchenbrunnen im Friedrichshain erhoben.

Wie lassen und auf eine Würdigung etwaiger künstlerischer Gründe des Einspruchs nicht ein — das könnte vielleicht vor dem Forum der Kunstakademie geschehen — wenn die Aufstellung der Märchenbrunnen von der kaiserlichen Genehmigung abhängt, und wenn ein Einspruchsrecht des Kaisers durch die Gesetzgebung begründet wäre.

Davon ist aber gar keine Rede, und wenn dem Kaiser die Märchenbrunnen nicht gefallen, so wird das den Künstlern gewiß leid thun — aber schön, amüsig, und zweckentsprechend bleibt das Kunstwerk doch, auch wenn sein Schöpfer nicht Reinhold Vegas ist. Es muß Aufgabe der städtischen Körperschaft sein, Klarheit darüber zu schaffen, ob die Meinung des Kaisers, die Gestaltung aller öffentlichen, auf Kosten der Stadt errichteten Bild- und Kunstwerke sei von seiner Entscheidung abhängig, in den Gesetzen ihre Begründung findet.

Nach unserer Ansicht ist dies nur bei Denkmälern für Familienmitglieder des Kaisers der Fall — und hierin ist wohl nach Schaffung der steinernen Hohenzollern-Allee der Bedarf vorläufig gedeckt. Die Frage geht weit über den Einzelfall hinaus — sie drängt der Bürgerschaft und ihren Vertretern die Entscheidung darüber auf, ob sie sich unter die künstlerische Obervormundschaft des Kaisers stellen wollen.

Das ist der Kernpunkt der Frage — da hilft kein Drehen und kein Wenden, wie es ein Teil der liberalen Presse bereits versucht. Unabhängigkeit oder Absolutismus? Magistrat und Stadtverordnete haben das Wort!

Wie bei den Kunstanlagen — so bei den Verkehrsanlagen Obervormundschaft des Monarchen.

Der Magistrat veröffentlicht den Schriftwechsel über die geplante Straßenbahn über die Straße „Unter den Linden“ im Zuge der Neustädtischen Kirchstraße.

Trotz des unanfechtbaren Nachweises der technischen und Verkehrs-Hindernisse, die der Ausführung der Tunnelierung entgegenstehen, soll es bei dem „Wird unterirdisch gemacht“ bleiben.

Nach hier soll — nachdem die zuständigen und verantwortlichen Behörden ausdrücklich — sogar unter Bezugnahme auf eine Meinungsäußerung des Kaisers — das städtische Projekt gutgeheißen, die geänderte Meinung des Kaisers Geltung erlangen.

Da die Untertunmelung auf eine so kurze Strecke eiste nicht zu ertragende Verkehrsstörung in den betreffenden Straßen hervorzurufen muß, so kann das kaiserliche Projekt nicht ausgeführt werden. Auch in dieser Frage sind die sachverständigen Techniker vollkommen einig und halten im Verein mit der Verkehrsdeputation und dem Magistrat die vom Kaiser angeregte Art der Ausführung verkehrshindernd, wirtschaftlich falsch und technisch gefährlich.

An diesem Konflikt zwischen den städtischen Interessen und der kaiserlichen Machtphäre zeigt sich, wie notwendig es ist, daß die Verkehrs- und Sicherheitspolizei an die Stadt abgegeben wird.

Der Einspruch des Kaisers gegen die Ausführung des städtischen Projektes ist nur möglich, weil Polizeipräsident und Minister der Verkehrsanlagen die staatliche Genehmigung zu erteilen haben und weil diese Organe bei ihren Entscheidungen sich an die Befehle des Kaisers gebunden erachten. Nur so erklärt sich die eigentümliche Erscheinung, daß die Ausführung eines Plans, der die Zustimmung der staatlich

zuständigen Organe bereits gefunden hat, durch Eingreifen des Kaisers verhindert werden kann.

Das sind ganz unhaltbare Zustände, die beseitigt werden müssen, wenn nicht dem Privatkapital die städtischen Straßen und Plätze zur Ausbeutung preisgegeben bleiben sollen.

Es ist unmöglich, daß die großen Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehrswezens gelöst werden können, wenn die städtische Verwaltung auf Schritt und Tritt durch polizeilichen, ministeriellen und zuletzt königlichen Einspruch gehemmt werden kann.

Fort mit der Bevormundung — das ist das einzige Mittel, durch das die Stadt in die Lage gesetzt werden kann, ihre Verkehrsaufgaben zu erfüllen.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird in ihrer nächsten Sitzung den ihr vorgelegten Schriftwechsel beraten. Dabei wird der Magistrat wohl Auskunft darüber erteilen, warum denn die Briefe über die Nachzahlung und Verweigerung der vom Oberbürgermeister gewünschten Audienz fehlen. Diese Lücke muß noch ausgefüllt werden — vielleicht liegt gerade darin die Aufklärung über das fast unbegreifliche Festhalten an dem kaiserlichen Diktum auch noch dem ausführlichen technisch-wirtschaftlichen Exposé des Magistrats, in welchem die Unausführbarkeit des kaiserlichen Wunsches nachgewiesen wird.

Auch die Frage, wem die Anlage neuer städtischer Verkehrswege untersteht, hat sich nach und nach zu einem Konflikt zwischen Stadt und Kaiser angereift. Auch hier muß es zur Entscheidung kommen, ob die städtische Verwaltung die Fesseln der Vormundschaft auf die Dauer tragen will.

Unabhängigkeit oder Absolutismus? so steht auch hier die Frage. Hic Rhodus, hic salta!

Politische Uebersicht.

Landtagswahlen in Böhmen.

— Wien, 29. September.

Die Programme sind ausgeschickt, die Kandidatenlisten sind fertig, und in zehn Tagen wird in Böhmen das Wählen beginnen. Große Ueberraschungen wird das Wahlergebnis nicht bringen; die Veränderungen, die die Neuwahlen an der Zusammenfassung des Landtages hervorrufen werden, sind schon vor der Wahl zu erkennen. Vor allem werden im Landtag, zum erstenmal nach dem slavischen-fremdbildlichen Umschwung des Jahres 1879, die verfassungstreuen Großgrundbesitzer vertreten sein. Der Großgrundbesitzer wählt zum böhmischen Landtag 70 Abgeordnete, von diesen 16 der liberal-konstitutionarischen Großgrundbesitzer und 54 der allodialen. Nun ist das ganze Land ein Wahlbezirk, sodas selbst die geringfügigste Majorität die ganze Minorität des Landes multiplizieren kann. Wenn ein solches wahr-scheinliches Privileg die Verteilung nach dem Geschäftspunkte der Berechtigtkeitsverträge, so muß zugestanden werden, daß das bisherige Verhältnis ein unhaltbares war. Die Feudalen sind um etwa zehn „Wähler“ stärker und haben 54 Mandate — der liberal-konstitutionarische „Wahlkörper“ gehört ihnen unbestritten — wogegen die um ein geringes schwächere verfassungstreue Minorität im Landtag ganz unvertreten war. Dem diplomatischen Talent des Herrn v. Körber ist es gelungen, dieses „Unrecht“ durch ein Kompromiß zu beseitigen: die Feudalen überlassen den Verfassungstreuen 21 Mandate, wofür sie beide Parteien auf eine gemeinsame Liste geeinigt und verpflichtet haben, im künftigen Landtag eine Wahlreform zu betreiben, die zum Landtage daselbe Wahlsystem einführt, wie es zum Reichstage gilt: die Verteilung des Großgrundbesitzes in territoriale Wahlbezirke; dadurch wird nämlich den „deutschen“ Großgrundbesitzern eine unbestrittene Vertretung von 25 Mandaten verbürgt. Es ist nicht zu leugnen, daß Herr v. Körber mit der Herbeiführung des Kompromisses eine politische Kraftprobe ersten Ranges geleistet hat. Mag die Nachgiebigkeit der Feudalen auch von der Erwägung beeinflusst worden sein, daß ihre Majorität nicht gar so sicher sei, daß es also dem Druck der Regierung und der Krone gelingen könnte, das „Kompromiß“ auch gegen den Willen der feudalen Oligarchie durchzusetzen: sicher ist, daß sie, die sich als die geborenen Verwalter Oesterreichs fühlen, dem Willen der Regierung sich gefügt haben. Mit welchem innerem Widerstreben zeigt der Rücktritt des Prinzen Friedrich Schwarzenberg, des zechen-feudalen Heißhorns, der öffentlich erklären ließ, er billige das Kompromiß nicht und wolle keinen Teil daran haben. Herr v. Körber, in dem die Lobkowitz und Schwarzenberg nur einen politischen Vorwurm sehen, muß darauf gefaßt sein, daß die feudale Fronde die ihr angeheuer Demütigung nicht vergessen und nicht vergeben wird; er wird sie nun nur noch empfindlicher auf allen Hintertreppen finden, auf denen in Oesterreich Geschichte gemacht wird.

Für die nationalen Streitpunkte mag der Eintritt der „deutschen“ Großgrundbesitzer eine gewisse Bedeutung erlangen; für den Charakter des Landtages in politischer und sozialer Hinsicht ist es natürlich ganz gleichgültig, ob der feudale Franz Thun oder der liberale Oswald Thun, ob der Grundmagnat Schwarzenberg oder der Grundmagnat Fürstberg im Landtage die entscheidende Stellung inne hat. Großgrundbesitzer bleibt Großgrundbesitzer; nicht die Träger oder Nutznießer des Privilegs — das Privileg selbst ist es, von dem die Korruptionierung der politischen Machtverhältnisse ausgeht. Und dieses Privileg ist so ungeheuerlich, daß nur die österreichische Stumpf sinnigkeit es aushalten kann. Der feudale Großgrundbesitzer zählt 47 Wähler und wählt in den Landtag 16 Abgeordnete: ein Abgeordneter entfällt also schon auf drei Wähler! Der allodiale Großgrundbesitzer umfaßt 399 Wähler und wählt 54 Abgeordnete; auf sieben Wähler ein Abgeordneter! Und die Arbeiter des eigentlichen Industrielandes Oesterreich haben im Landtag nicht einen einzigen Vertreter! Die 47 Feudalen wählen auch fünf Reichsrats-Abgeordnete, aber siebenundzwanzig von ihnen sind Mitglieder des Herrenhauses, wirken also an der Gesetzgebung direkt mit. Das Schwere, wahrhaft Niederdrückende an diesem schandlichen Privileg ist aber der Umstand, daß es ohne die Erlaubnis der Privilegierten weder abgeschafft, noch vermindert werden kann. Die österreichischen Landesordnungen enthalten nämlich die Bestimmung —

„sie wurden mit ihr im Jahre 1861 oktroyiert —, daß zu jeder Abänderung der Landesordnung und Landes-Wahlordnung nicht nur die Zweidrittel-Majorität der Abstimmenden, sondern auch die Anwesenheit von drei Vierteln der gesamten Landtagsmitglieder notwendig sei. Da der böhmische Landtag 242 Mitglieder zählt, haben es die 70 Großgrundbesitzer in der Hand, durch bloßes Weggehen aus dem Saale jeden Angriff auf ihr Privileg abzuschlagen. Es ist beinahe so wie in dem berühmten polnischen Reichstag, wo den Beschluß die Stimme eines Einzelnen zerreißten konnte.

Man sollte glauben, der Protest gegen dieses entwürdigende Vorrecht, das die national-indifferenten Großgrundbesitzer zu Herren des Landtages macht, werde sich in der Wahlbewegung irgendwie geltend machen. Davon ist keine Rede; im Gegenteil macht man immer wieder die bedauerliche Wahrnehmung, daß die nationalen Bourgeoisien die Sache der Großgrundbesitzer zu der ihrigen machen, sich von den nationalen Führern der Volkswirtschaft und Fortschritt überläßeln lassen. Im Lager des Bürgerturns wickelt sich der Wahlkampf ausschließlich im Zeichen des Chauvinismus ab. Die Jungtschechen sind sogar so weit gegangen, alle politischen und ökonomischen Differenzen beiseite zu stellen, ein Wahlkampf wird da nur zum Scheine geführt; denn nach den Wahlen werden sich alle zechen-bürgerlichen Abgeordneten im Landtage in einem Klub vereinigen. Die Jungtschechen haben Wahlbindnisse geschlossen mit den ehemaligen Alttschechen, einer Partei von ein paar Offizieren ohne Soldaten, dann mit den sogenannten Radikalen, deren geistiges Haupt der Ritualmord-Advokat Doga ist, und mit den Agrariern haben sie ausgemacht, daß die Gewählten in den gemeinsamen staatsrechtlichen Klub eintreten. Das zechenische Bürgerturn hat das Bedürfnis, gegen Wien als eine einheitliche und geschlossene Masse zu erscheinen; deshalb die Vastardierung aller möglichen Parteien, in der die Wahlen statt eines Wahlsampfes das Bild einer Verteilung der Beute darbieten. Von einem Kampfe mit dem Stimmzettel zwischen Deutschen und Tschechen ist bei den Aufstellungsvorhältnissen in Böhmen keine Rede; man weiß schon heute, daß im Landtage ebensoviele Tschechen vorhanden sein werden wie früher, und daß ihrer politischen Unterschiede ausgelöscht sein werden zu Gunsten einer einheitlichen Partei des nationalen Chauvinismus.

Dagegen tobt im Lager der Deutschen ein erbitterter Kampf zwischen Altschleichen, Volksparteilern und Fortschrittlern — drei Parteien, zwischen denen der ganze Unterschied ihr Alter ist. Wie es in Wahlkämpfen üblich ist, gebärden sich diese drei Parteien, als ob Gott weiß welcher Unterschied zwischen ihnen bestände, und jede schwört Stein und Bein, daß sie eine „Welt“ von der andern trenne. Aber das wütende Geschrei über Ein- und Zweiteilung, das lächerliche Prahlern mit einem Mehr an antisemitischer Gesinnung, all die gekünstelten und übertriebenen Parteiparolen vermögen darüber nicht zu täuschen, daß diese Parteikämpfe im Grunde nur der Krieg lokaler Notorien sind. Die Deutschen besitzen in Böhmen 60 Mandate; trotzdem nur jeder der drei Konkurrenten sein Programm als das alleinigmächtigsten anpreist, die Anschauungen des andern als Verderb für Volk, Land und Staat verflucht, hat keine einzige der drei Parteien Kandidaten für alle Mandate aufgestellt, jede begnügt sich, dort Beute zu machen, wo der Erfolg nicht unwahrscheinlich ist. Es sind Bezirkschleichen, nicht politische Parteien, die auf der politischen Bühne den verwickelnden Lärm machen. Die Altschleichen sitzen am Eger Herum, die Volksparteiler halten Reichenberg besetzt und die Fortschrittlern gruppieren sich um Leitmeritz; jede Partei hat ihre Städtchen und Dörfer, ihre Bürgermeister und Advokaten, aber keine versucht es auch nur, zu ihrer Meinung das gesamte Bürgerturn zu erziehen — vom Volk ist bei dem Gemeinwahlsrecht ohnedies nicht die Rede! Das Ergebnis dürfte sein, daß jede der drei Parteien im Landtag vertreten sein wird, und die Folge davon wird sein, daß die Mandats-Demagogie den Landtag so beherrschen wird, wie sie bereits das Wiener Parlament ver-giftet hat.

Durch die vom Landtag knapp vor der Auflösung beschlossene Wahlreform ist nicht nur das direkte Wahlrecht eingeführt, sondern ist auch der Census auf acht Kronen herabgesetzt worden. Es wäre also nicht ganz unmöglich, einen oder den andern der industriellen Wahlbezirke für die Socialdemokratie zu erobern. Leider ist dazu fast keine Aussicht; es fehlt der Partei in diesem ihrem einzigen Stammlande an der nötigen zielbewußten Energie, aus der allein die richtige Verwendung der Kräfte entspringt. Hoffentlich wird die letzte Wahlwoche der Agitation das erwünschte Temperament bringen.

Deutsches Reich.

Der Centralverband über den Zolltarif. Am Dienstag besprach der Centralverband deutscher Industrieller in einer zahlreich besuchten Delegiertenversammlung seine Stellungnahme zum Zolltarif-Antwort. Es handelte sich wesentlich darum, ob die Verammlung den von den Agrariern lebhaft angegriffenen Beschluß des Direktoriums vom 9. August billigen werde.

Die Debatte spitzte sich zu auf die Frage, ob die von der Regierung vorgeschlagenen Getreidezölle nur als erstrebenswert gebilligt — hierüber herrscht unter den Herren Einverständnis — oder ob sie als Minimalmaßnahme von vornherein geschäftlich feigelegt werden sollen. Für die letztere agrarische Forderung sprachen der Korrespondent Geh. Reg.-Rat König, Kommerzienrat Vorster-Köln u. a., dagegen sprachen die Herren Wedel und Jende. Schließlich einigten sich die gegnerischen Ansichten in folgender, einstimmig angenommener Resolution:

„Die Delegierten-Versammlung betont nach wie vor die Notwendigkeit des Abschlusses langfristiger Handelsverträge; dieselbe ist auch nach wie vor einverstanden mit einer Erhöhung der Getreidezölle und insbesondere damit, daß unter die im Absatz 2 § 1 des Zolltarif-Gesetzentwurfs benannten Sägen nicht heruntergegangen werde;

dieselbe ist endlich einverstanden damit, daß ein Minimal-satz für die im § 1 des Gesetzentwurfs benannten Getreidearten im Gesetze überhaupt nicht festgesetzt werden dürfe und Absatz 2 des § 1 somit zu streichen sei.

Sollte Absatz 2 des § 1 des Gesetzentwurfs durch die gesetzgebenden Körperschaften zur Annahme gelangen, so behält sich der Centralverband vor, mit entsprechenden Antisagen an die Reichsregierung heranzutreten.“

Diese Resolution bedeutet eine Befestigung des Direktorial-Schlusses. Die konservativen Agrarier werden der wucherischen Zucht getreu bleiben, die Beschlässe der Großindustrie, als Verbot der Landwirtschaft zu verwerfen. Thatsächlich aber ist die Schnittdindustrie bereit, den extremsten Zuchtstücken zu unterliegen und Hungerzüge zu bewilligen. Es werden daher die jetzt noch ein wenig Habenden sich alsbald „lammeln“, sobald es gilt, den Ansturm der Zollgegner abzuwehren.

Erfreuliche Trohungen. Die „Kreuz-Zeitung“ legt ihre Drohungen gegen die industriellen Schatzhölzer fort. Wenn die Industrie nicht der Landwirtschaft genügend Schutz gewähre, dann könne es kommen, daß sich die Agrarier — dem kapitalen Freihandel ergeben:

„Von uns hätten sie (Handel und Industrie) jedenfalls keine Unterstützung zu erwarten. Die Landwirtschaft würde sich bei einem Stände der Dinge, der dem Freihandel jeden falls recht nahe käme, besser sehen, als wenn ihr alle Lasten der Beziehungen zum Auslande aufgedrückt würden, ohne daß sie den mindesten Erfolg dafür erhielte. Daß das eben jetzt von den „guten Freunden“ geplant wird, sehen wir deutlich, und das eben zwingt uns, den Spieß umzulegen und ihnen zu zeigen, wie sich die Dinge anfallen werden, wenn wir „streifen“, und es so nach und nach dahin kommt, daß alle heute noch stehenden Dämme fallen. Ohne sehr erhebliche Erhöhung der direkten Steuern würde es dabei selbstverständlich nicht abgehen und ebenso wenig ohne stärkere Belastung derjenigen Klassen, die sich jetzt fortwährend rühmen, daß sie die Staatsbedürfnisse zum größten Teil anbringen. Wenn sie es durch ihre handelspolitische Weisheit so weit treiben, daß sie außer Stande sind, die nationale Arbeit wirksam zu schützen zu helfen, so mögen sie die Folgen an eigenen Leibe verspüren.“

Das sind ja ganz herrliche Drohungen! Die Agrarier erklären sich, wenn sie bei der Verteilung überwiegen werden sollten, für die Befestigung der Böse und indirekten Steuern, ja sogar für eine direkte Besteuerung der Besitzenden. Was Besseres können wir uns gar nicht wünschen. Die Konservativen dürfen überzeugt sein, daß wir mit ihnen Schulter an Schulter für diese Ziele kämpfen werden, daß wir mit ihnen die Besitzenden, die heute — wie die „Kreuz-Zeitung“ mit Recht höhnisch andeutet — sich jeder gerechten angemessenen Steuerleistung entziehen, mit allen Mitteln zwingen wollen, an den Reichslasten ihrem Vermögen gemäß zu tragen. Also wir werden es an unserer Gasse nicht fehlen lassen.

Nur fürchten wir leider, daß sich die über den Anteil der Besteuernden Brüder schließlich doch auf der „mittleren“ Linie vertragen werden, wie denn der ganze Spießfuß zwischen der Industrie und der Junkerschaft nur ein Spießfuß ist, um die Aufmerksamkeit von dem geplanten Ententat abzulenken.

Militärrechtsansichtungen.

Der Staatsanwalt im Gumbinner Prozeß, Ober-Kriegsgerichts-rat Meyer, ergreift auch in der „D. Juristen-Ztg.“ das Wort, indem er zur Nichtstellung seines Plaidoyers als Staatsanwalt folgende Mitteilung macht:

1. Nach meiner vollsten Ueberzeugung ist nur Marten, kein anderer der Thäter gewesen. Keinem diebessüchtigen, in allen Details begründeten Antrage ist das Oberkriegsgericht gefolgt und hat das Schuldig angenommen.

2. Nach meiner vollsten Ueberzeugung liegt aber nur Totschlag vor, weil nach meiner ausführlichen Darlegung Marten den betreffenden Entschluß erst ganz kurz vor der That — ca. 6 Minuten vorher — im Zögern und in seinem angetrunkenen Zustande, beim plötzlichen Anblide des Stumbrides und nach der Drohung „Farbe bekennen“ gefaßt und dann, bei den schnell folgenden Einzelakten zur Ueberlegung zu kommen, in aller Hast ausgeführt hat. Eine vorgängige ruhige Verabredung mit seinem Teilnehmer kann meiner Ueberzeugung nach nicht stattgefunden haben, vielmehr nur eine eilige, kurze Verständigung auf dem Hofe oder in dem Durchgange nach zufälligen Zusammentreffen.“

Die „D. Juristen-Ztg.“ knüpft hieran folgende Bemerkung: „Aus will es scheinen, als bliebe nach wie vor unangeführt, ob es wahr ist, daß der Herr Staatsanwalt die in den Tageszeitungen wieder-gegebenen Worte gebrauch hat: „Wo der Thäter ermittelt ist, muß auch die Strenge des Gesetzes walten. Auf Mord steht Todesstrafe, und vor Todesstrafe schreit man gemeinhin zurück. Man klammert sich an ein Minimum, wenn die positive Unterlage fehlt. Ich bitte Sie also nicht auf Mord, sondern meinem Antrage gemäß auf Totschlag zu erkennen! Wir hatten — sagt die „D. Juristen-Ztg.“ — es für unglücklich erklärt, daß ein Staatsanwalt diese Worte gebrauch haben könne und können es noch immer nicht glauben.“

Die nachträgliche Erklärung des Kriegsgerichts rath stellt aber nur einen nachträglichen Wunsch dar, was er damals gesagt haben möchte und sie stellt keine Ablehnung der in den Berichten mitgetheilten Deduktionen dar.

Die „Erben der Socialdemokratie“. Die Nationalsozialen beschäftigten sich am Montag auf ihrem Frankfurter Vereinstag zunächst mit internen Angelegenheiten. Bei dieser Gelegenheit wurde endlich dem Herrn Max Lorenz, dem Allerweltsdenkmalen der Prozeß gemacht. Es wurde der folgende Beschluß gefaßt: „Mit Rücksicht auf das öffentliche Auftreten des Herrn Lorenz in der letzten Zeit und mit Rücksicht, daß er auf eine Anfrage des Parteisekretariats, ob er sich zur nationalsozialen Partei rechne, nicht beantwortet hat, erklärt der Parteitag, daß er Herrn Lorenz nicht mehr mit so nahebedeutend betrachten kann, so daß er es verantworten könnte, sich noch länger mit der politischen Haltung dieses Mannes zu beschäftigen.“ Am kann Herr Max Lorenz sich dem Wunde der Landwirtschaft oder den Antifemiten anschließen.

Herr Max Lorenz konnte in der Nachmittags-Sitzung mit freudigem Stolz feststellen, daß den Nationalsozialen in einem Falle es gelungen sei, von den Behörden schlechter behandelt zu werden als selbst die Socialdemokraten: Der Vereinstag habe, genau nach dem Beispiel des socialdemokratischen Parteitag in Lübeck, am Gewerkschaftshause die Fahne der Stadt Frankfurt angebracht, ohne jedoch dazu die polizeiliche Erlaubnis einzuholen. Aus diesem Anlaß habe der die Versammlung beauftragende Polizeioffizier die Herabnahme der Fahne befohlen. Er fühle sich genötigt, dies hier mitzuteilen, damit die Delegierten sich nicht wundern, daß die Fahne vor dem Gewerkschaftshause nicht mehr flattere. — Gefährliche Aerie, diese Nationalsozialen!

Einstimmig angenommen wurde die folgende Resolution zur Zollfrage:

Die Nationalsozialen sind auf keine handelspolitische Doktrin eingeschworen. Sie sind der Ansicht, daß es von der wirtschaftlichen Lage eines Landes abhängt, ob Schutzoll oder Freihandel vuzuziehen ist. Deutschlands Entwicklung ist jedoch heute so weit gediehen, daß es zu den Ländern gehört, die das größte Interesse an der allmählichen Abkehr vom Schutzoll-System haben. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf zeigt dagegen eine hochschutzzöllnerische Tendenz, die, in die Wirklichkeit umgesetzt, auf dem Gebiete der Industrie der Kartell- und Syndikatsbildung Vorschub leisten, auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu einer künstlichen Steigerung der Grundrente führen und so die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft selbst auf die Dauer schwer schädigen müßte. Deshalb verwerfen wir den Zolltarif in seiner Gesamtheit. Insbesondere mißbilligen wir die Minimalpreise für das Getreide, die ein Ausnahmeregime zu Gunsten der vom Getreideverkauf lebenden kleinen landwirtschaftlichen Minderheiten darstellen und dabei den Abschluß von Handelsverträgen aufs äußerste gefährden würden.

Wir derselben Entschiedenheit, mit der wir für einen wirksamen Schutz des Bauernstandes nach den Forderungen unseres Landprogramms, insbesondere für eine grundlegende Hypothekar-Reform, eintreten, wenden wir uns gegen eine Zollpolitik, die auf die Großgrundbesitzer zugeschnitten, für die übrige Bevölkerung aber vom Uebel ist. Der Triumph dieser Zollpolitik

würde gleichbedeutend sein mit einer Vera wirtschaftlichen Rückganges, socialen Stillstandes und reaktionärer Gesamtpolitik. Aus socialen wie aus nationalen Gründen fordern wir unsere Freunde auf, in Wort und Schrift, durch Unterzeichnung von Petitionen und durch Besuch von Protestversammlungen, durch eigene Kundgebungen oder durch Unterstützung anderer Kundgebungen alles dazu zu thun, um den Zolltarif zu Falle zu bringen.

Das ist die wichtigste nationalsoziale Aufgabe des Augenblicks.

Ueber die von den Nationalsozialen so heiß geliebte Humenpolitik huldete man ichen und häufig hinweg. Die nationalsoziale Blamage war auch gar zu stark!

Am Dienstagvormittag referierte Professor Rathgen-Heidelberg, ein in allen Richtungen schillernder Mann, über Kolonialpolitik, deren Ziele er in der Entwicklung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Kolonie zum Besten der Gesamtheit und in der Erziehung und Uebung der Kolonial-Bewohner sieht, unter Ueberrückung der kolonialen Bodensatz zu Gunsten kapitalistischer Sonderinteressen. Der Korreferent, der Bodenreformer Adolf Damaskale, wandte sich vor allem gegen die Ausnutzung des Grund und Bodens durch Privatpekulationen.

In einer öffentlichen Volksversammlung entwickelte noch H. v. Gerlach von der geistigen Höhe des „Berliner Tageblatt“ seine bekannten Ueberzeugungen, daß es die Socialdemokratie mit der Zeit noch zum Tiergartenfreisium bringen werde.

Die Aleppobeule des Grafen Waldersee. Der verfloßene Weltmarschall hat von seiner Ostasienfahrt ein unangenehmes Andenken mit nach Hause gebracht: ein Blutgeschwür am Schienbein, das nach dem Urtheil eines vieler Professors durch den Aufenthalt in China hervorgerufen worden sein soll. Vermuthlich handelt es sich um ein Geschwür von der Art der bei Orientreisenden verhängten Aleppobeule, deren unangenehme Bekanntheit eine Anzahl der Postknoten machte, die sich seiner Zeit der Palästinafahrt des deutschen Kaisers angeschlossen hatten. Kreuzfahrten haben also ihre Unannehmlichkeiten.

Der Kommandant der „Gazelle“ seines Postens ent-hoben. Aus Kiel wird einem Berliner Blatt gemeldet: Der leibliche Kommandant des Kreuzers „Gazelle“, Corvettenkapitän Reiche, ist von seinem neuen Kommando als Kommandant der Kreuzer „Amazone“ bezw. „Medusa“ ent-hoben und zur Verfügung des Geis der Dislocation gestellt worden. Reiche erhielt sechs Wochen Urlaub innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs.

Angelehnt der Vorgänge an Bord der „Gazelle“ dürfte noch nachstehender Gerichtsbericht von Interesse sein. Zwei Leute von der „Gazelle“ standen vor dem Kriegsgericht des ersten Geschwaders. Der Oberbootsmannsmaat Mir war wegen Mißhandlung eines Untergebenen, der Obermatrose Ernst wegen Gehorhamverweigerung vor verammelter Mannschaft angeklagt. Als die „Gazelle“ mit den Vintenschiffen der Kaiserflotte vor Lodi ankerte, um die heimkehrende Chinadivision zu empfangen, waren am 2. August Leute mit Kohlentrimmen beschäftigt. Längs der „Gazelle“ lag ein mit Kohlen beladener Prahm. Der Obermaat Mir befahl dem Ernst, Kohlen zu schaufeln. Da dieser wurde Finger hatte, ging die Arbeit etwas langsam von statten. Mir forderte den Ernst auf, schneller zu arbeiten und schlug von dem Deck des Prahms aus den unter ihm stehenden Obermatrosen mit der Faust auf den Kopf. Die Spanier, welche die Behandlung des Mannes sahen, lachten, und der Obermatrose rief: „Muß man sich hier noch schlagen lassen!“ Der Obermaat befahl dem Ernst, in den Prahm hinunterzugehen. Der Obermatrose gehorchte nicht, sondern antwortete: „Nein, da bin ich meines Lebens müd sicher!“ Der Vorgesetzte gab ihm einen Stoß vor die Brust, so daß beide den Kohlenhaufen hinunter in den Prahm losfielen. Der Obermaat gab an, daß die Leute der „Gazelle“ beim Kohlenbearbeiten sehr schlapp gewesen seien und der Kommandant ihn für die Leistungen der Leute verantwortlich gemacht habe. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Mir 4 Wochen, gegen Ernst 3 Wochen 1 Tag strengen Arrest. Das Gericht verurtheilte Mir wegen Mißhandlung eines Untergebenen in einem milder schweren Fall zu 14 Tagen Mittel-arrest, da ein Druck von oben auf ihn ausgeübt sei, um bessere Resultate im Kohleneinnehmen zu erzielen und dadurch dieser Ertrag zum Teil herbeigeführt worden sei. Der Obermatrose erhielt vier Wochen strengen Arrest.

Eine derbe Verspottung des Ledensinns hat sich Prinz Thum noch vor seiner Abreise geleistet. In einem Fest, das ein hoher Reichsbeamter ihm gegeben hatte, hatte er einen ganzen Boden hinreichend mitgebracht, die er in der freizügigsten Weise an die Mitglieder der Festivität verteilte. Auch zwei Sekundauern des Joachimthaler Gymnasiums überreichte er huldvollst die hohen Auszeichnungen. Die beiden überreichten Jungen aber haben schamlos auf Anraten der Herren Väter um die landesherrliche Genehmigung zum Tragen des Zirkelanges nachgesehen.

Proportional-Wahlrecht für die Gewerbegebiete. Der Centralrat der deutschen Gewerbevereine hat alle seine Ortsverbände dazu aufgefordert, bei den Gemeindebehörden ihrer Städte dahin vorstellig zu werden, daß gemäß § 13a des Gewerbe-gerichts-Gesetzes für die Gewerbegebiete das Proportional-Wahlrecht eingeführt werde. Es soll auf diese Weise eine Vertretung der Minoritäten geschaffen und der „nahezu ausschließlichen Herrschaft der Socialdemokratie in den Gewerbegebieten in den Reichen der Arbeiterbevölkerung ein Ende gemacht werden.

Wir haben durchaus nichts gegen die Einführung des Proportional-Systems, sofern es überall zur Durchführung gelangt. Unter dieser Voraussetzung wären wir um so mehr damit einverstanden, als dann auch auf der Seite der Unternehmer ein heftiger der socialdemokratischen Minoritäten zur Geltung gelangen könnten. Für eine fakultative Einführung des Proportional-Systems sind wir aber nicht zu haben, weil das nur ein scheinbares Mittel ist, durch Anwendung oder Nichtanwendung dieses Systems je nach den totalen Verhältnissen die zielbewusste Arbeiterschaft zu schwächen.

Die Typhus-Epidemie in Gelsenkirchen. Wie die Gelsenkirchener Zeitung meldet, ist am Sonntag und Montag die Zahl der an Typhus Erkrankten von 68 auf 67 gestiegen. Der Höhepunkt der Epidemie scheint überschritten zu sein. Am Sonntag war ein Regierungs-Kommissar in Gelsenkirchen anwesend, der die Ansicht des Regierungs- und Medizinalrats Dr. Springfeld, daß die Ursache der Krankheit in einem Rohrbruch vor dem versuchten Hause in Königshöhe zu suchen sei, bestätigte.

Sonnenprozeße. Die Meldung des „Schwab. Merkur“, die württembergische Regierung beabsichtige, die Strafverfolgung gegen den Stuttgarter Beobachter einzustellen, wird aus Stuttgart jetzt als unzutreffend bezeichnet. Die Strafverfolgung werde sofort nach Vertagung der Kammer wieder aufgenommen und noch vor Zusammentritt der Stände verhandelt werden.

Hoffen wir, daß man über den chinesischen Feldzug vor Gericht wenigstens die Wahrheit erfahre, und daß die württembergische Regierung dazu beitragen wird.

Zur Verhinderung des Zolltarif-Entwurfes teilt die „Staatsbürger-Zeitung“ mit, daß der Journalist Dr. Hamburger noch nicht nach Berlin zurückgekehrt ist. Auch seine Gattin sei ihm Anfang September nach Auflösung ihres Hausstandes nachgereist, wahrscheinlich nach London. Nach der „Staatsbürger-Zeitung“ hat bisher nicht festgestellt werden können, auf welche Weise und durch wen Hamburger in den Besitz des Zolltarif-Entwurfes gelangt ist. Die Nachforschungen würden noch fleißig fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit habe man aber Beweise dafür erhalten, daß Dr. Hamburger mit einem oder mehreren Unterbeamten aus Ministerien in un-erlaubten Beziehungen gestanden und diese dazu angestiftet habe, ihm Mitteilungen über Dinge, die ihnen in ihrer amtlichen Stellung zugänglich waren, gegen Entgelt zu liefern. Auf Grund dieser Feststellungen schwebt gegen einen Beamten ein Verfahren, ebenso gegen Dr. Hamburger ein Verfahren wegen Beamtenbestechung. Der Beamte ist in Untersuchungshaft genommen.

Wider III. Den Ruhm, das Dummste und zugleich Unwissenste über den Lübecker Parteitag gesagt zu haben, daß die täglich erscheinende Beilage zum „III“, das „Berliner Tageblatt“, beanspruchen.

Zunächst entwickelt das Blatt, wie es schon immer gesagt habe — denn die Runnes vom „Berliner Tageblatt“ haben dem natürlich alles schon immer gesagt — daß die Socialdemokratie sich nun definitiv zu dem ein wenig veräfferten Programm der freisinnigen Vereinigung entwickelt habe:

Der diesjährige Parteitag der Socialdemokraten war, wenn man von dem einen letzten Verhandlungstage absteht, nichts weiter als ein Verzweckungskampf der Radikalen in der Partei gegen die besonnenen Elemente, die sich immer mehr von dem öden Phrasengewäsch über den Zukunftsstaat ab und der Mitarbeit an der Besserung unserer socialen Verhältnisse auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zuwenden; aber es war ein Verzweckungskampf, der nicht mit einem Siege endete.

Nachdem so die große Mehrheit der Partei — Bernstein an der Spitze — für die Politik Rudolf Mosse reklamiert worden ist, erscheint einen Abzug weiter Genosse Bernstein als der Radikale jener Radikalen, die den Verzweckungskampf gegen den Uebergang der Socialdemokratie zum Mosse-Freisium eben noch gekämpft haben; denn also heißt es wörtlich:

Aber die Parteileitung und die ihr willenlos folgenden Elemente, die eben noch gegen die gemäßigten Genossen mit dem größten Gehässigkeit vorgehen, stehen selbst bereits so sehr unter ihrem moralischen Einfluß, daß sie sich gleich darauf gegen die Hyperadikalen wandten, die die socialistischen Lehren allzu wörtlich ausgelegt und für unvert des Namens „Genosse“ jeden erklärt hatten, der in der Lohnbewegung nicht in allen Stücken mit der Organisation gehen wollte. Zu dem Hamburger Streifen sowohl wie in dem Winter stellten sich die Parteileitung und ebenso der Parteitag auf die Seite derer, die von den überzeugungstreuesten Nachfolgern der Marxischen Grundzüge als „Streikbrecher“ bezeichnet wurden.

Bernstein, v. Elm, Legien werden somit genüsslich unter die Ueber-radikalen eingereiht, die die socialistischen Lehren allzu wörtlich auslegen.

Und solch vernageltes Ignorantentum will öffentliche Meinung machen! —

In einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurtheilte das Kriegsgericht der 11. Division zu Breslau einen Dragoner des Dragoner-Regiments Nr. 8, weil er sich der Gehorhamverweigerung und Widergesetzlichkeit gegen Vorgesetzte schuldig gemacht hatte. Der Angeklagte hatte sich in einer Dorfweipe einen Rausch angetrunken und sich geweigert, dem Befehl eines Unteroffiziers, nach Hause zu gehen, Folge zu leisten. Als der Unteroffizier zwei andern Dragonern den Befehl gab, den Widergesetzlichen nach der Kaserne zu schaffen, setzte sich der Angeklagte zur Wehr und ließ grobe Beleidigungen und Drohungen gegen den Unteroffizier aus. Da die beiden Dragoner des Beirathens nicht Herr werden konnten, begab sich derselbe zu einem Frauenzimmer. Dort befohl ihm, um mehr der Wachtmeister, sich sofort und in Unterhosen nach der Kaserne zu begeben. Der Angeklagte weigerte sich, weil er sich an-gestrichelt gemiere, in so derangierter Toilette durch die vor dem Hause versammelte Menschenmenge zu gehen, und bat, erst seine Drillich-hose anzuziehen zu dürfen. Da der Wachtmeister auf seinem Befehl bestand, warf sich der Dragoner auf die Erde und leistete abermals Widerstand. Der Vertreter der Anklage beantragte zwei Jahre Gefängnis, wobei er die Auffassung vertrat, der Angeklagte habe um so weniger Grund gehabt, sich gegen den Befehl des Wachtmeisters zu sträuben, als in einem polnischen Dorfe niemand daran Anstoß genommen haben würde, wenn der Angeklagte nachts in Unterhosen über die Straße gegangen wäre!

Zu den Gemeinderatswahlen in Straßburg i. E.

wird uns von unsem dortigen Korrespondenten geschrieben: Der Anfall der am Sonntag stattgehabten Ergänzungswahlen zum Gemeinderat der Stadt Straßburg hat die Verfassung bestätigt, daß es der Vereinigung sämtlicher bürgerlicher Parteien in gelingen werde, einen direkten Erfolg der Socialdemokratie zu verhindern. Unter den neuen (von insgesamt 36) diesmal zur Wahl stehenden Eigen befand sich nur ein einziger, den bisher die Socialdemokratie inne hatte. Die Eroberung desselben durch die bürgerlichen Parteien konnte an den derzeitigen Verhältnisseverhältnissen in Straßburger Stadtrat nichts ändern, da dort einer Majorität von 33 Ordnungsparteien bisher die verschwindende Minderheit einer nur dreiköpfigen socialistischen Fraktion gegenüber stand. Trotz alledem entschlossen sich die nationalliberal-freisinnig-demokratisch-liberalen Ordnungsparteien zum Opfer ihrer politischen Ueberzeugung, begruben die Jahrzehnte lang in wüthender Feindschaft gegen einander geschwungene Streitart und vereinigten sich zu einem einzigen Ordnungsbund, dessen Ehrgeiz darin besteht, das die überwiegende Mehrheit der städtischen Einwohnerschaft bildende werthfähige Volk aus der gewählten Vertretung der Kommune zu verdrängen.

Beim es der Straßburger Socialdemokratie bei den letzten Gemeinderatswahlen im Juni 1896 gelang, drei Mandate für sich zu gewinnen, so war dies nur dadurch möglich, daß damals das liberale und das demokratisch-oppositionelle Ehrgeiztum noch politische Ueberzeugungstreue und Charakter genug besaß, um durch Aufstellung einer eigenen Liste jede Gemeinschaft mit den Vertretern und Anhängern des Systems der Diktatur- und Ausnahmeregierung entschieden abzusehen. Heute ist das freilich anders geworden, und es ist wahrhaftig keine Schande für die Socialdemokratie, wenn sie dem scholamfähigen Uebergevidet der un-moralischen Vereinigung ihrer familiären bürgerlichen Gegner unterlag. War an sich schon die Thatiade für sie ein Erfolg, daß die bürgerlichen Parteien zu der Ueberzeugung gedrängt wurden, einzeln nicht mehr mit ihr fertig werden zu können, so sind vollends die Wahlsystem vom Sonntag sehr wohl dazu angethan, die Partei des Proletariats mit Stolz und freudiger Zuversicht zu erfüllen. Ein Vergleich mit den Wahlergebnissen des Jahres 1896 möge das zeigen.

Es waren insgesammt 2860 Stimmen, die damals in den diesmal zur Wahl stehenden sechs Bezirken auf die reinen socialistischen Listen entfielen; ihnen standen im Mittel 7600 bürgerliche Wähler gegenüber, wobei die Stimmengahlen der damals getrennt marschierenden Gouvernentalen und diejenigen der sog. Demokraten zusammen gerechnet sind. Diesmal entfielen in den sechs zur Ergänzungswahl stehenden Bezirken 4082 Stimmen auf die socialistische und 8520 Stimmen auf die Liste der vereinigten bürgerlichen Ordnungsparteien, deren Wähler durch Vermidung jeder Namensfreizugung eine bemerkenswerte Wahlzucht dokumentierten. Der Zuwachs an socialistischen Stimmen betrug also in dem fünfjährigen Zeitraum 1896—1901 volle 1220 oder nicht weniger als 43 Proz., während die bürgerliche Wählerzahl nur um 821, d. i. um 11 Proz., zunahm. Diese letztere Zunahme entspricht ungefähr dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs der Stadt, der von dem Stimmengewinn der Socialdemokratie um das vierfache übertroffen wird.

Die oben angeführten Wahlsystem zeigen, daß auch in Straßburg die Partei des Proletariats mit schnellen Schritten dem Zeitpunkt zueilt, wo selbst die nur durch die Aufgabe der eignen prinzipiellen Ueberzeugung erkaufte Koalition des gesamten Bürger-tums den Sieg der Socialdemokratie nicht mehr zu verhindern vermog.

Centrum-Wahlfahrten. Aus Baden wird uns geschrieben: Ein neues Mittel zur Verstärkung ihres Einflusses auf die politische Gestaltung der Bevölkerung haben unsere Liberalen in der gegenwärtigen Landtagwahlbewegung zur Anwendung gebracht. Männerwallfahrt oder richtiger Wahlfahrten nach Einsiedeln, wo man die frommen Schäflein, nachdem man hiebei unter sich war, unter der jugendlichen Wirkung des heiligen Ortes in der energischsten Weise im Sinne der Centrumspartei bearbeitete und sie an ihre politischen Pflichten bei den

Bestehenden Wahlen erinnerte. Diese Wahlpropaganda an geheiligtem Gnadenorte scheint aber einigen der weniger centringläubigen Teilnehmer an der Pilgerfahrt denn doch über die Hutichur gegangen zu sein, und sie haben, nachdem sie wieder heimgekehrt waren, ihrem unwilligen Erstaunen über die Unversöhnlichkeit Ausdruck, mit der man den frommen Jued der Pilgerfahrt parteipolitisch auszunutzen versucht hatte. So läßt sich einer der vielen männlichen Teilnehmer an der Einbildungsfahrt in der „Schwarzwälder Zeitung“ folgendermaßen vernehmen:

„Statt daß wir uns an dem Gnadenorte erbauen und unsre Andachten nach unserm Willen und unsrer Meinung verrichten konnten, mußten wir Wahlpredigten anhören. Anders können diese kaum genannt werden, da jeder unterlegte Text offen oder versteckt mit einem Hinweis und einer Mahnung auf die Wahl abzielte. Im meisten wundert ich mich darüber, daß auch der Ordensgeistliche in allen Teilen so sorgfältig unterrichtet war, daß auch er zum Wahlprediger werden mußte. Nein, so etwas hätte ich nicht für möglich gehalten! Galt denn uns deutsche Männer doch so einfältig und blind?! So weit wurde wir denn doch noch nicht, daß wir blindlings alles thun, was man von uns verlangt. Auch ich habe mir gelobt, nie mehr mit einem Pilgerzuge zu gehen. Wenn ich mich religiös erbauen will an irgend einem Gnadenorte, dann gehe ich allein!“

Der Ausschickel und Führer der famosen Centrum-Wallfahrt nach Maria-Gnadenort war der Herr Dekan Dietrich von Dögern, der Vertreter des Bezirkes Stausen im babilischen Landtage.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wahlkämpfe. Aus dem Wahlbezirk Oelenhof werden Ausschreibungen gemeldet. In verschiedenen Ortschaften des Bezirkes haben Wähler der Kostpartei den Pfarrer und Ortsrichter, die der Regierungspartei angehören, mißhandelt, als sie zum Wollen reden wollten. Es wurde Militär in den Wahlbezirk entsendet. — Im Wahlbezirk Kocpiang kam es zu Zusammenstößen zwischen der Volkspartei und der liberalen Partei, wobei ein Mann verwundet wurde.

Aus der Provinz, namentlich aus der Umgebung von Groß-Wardein fortgesetzt einlaufende Meldungen berichten über blutige Wahlkämpfe. Viele Personen sind schwer verletzt. Mordfälle und Insauren sind, nachdem die Gendarmerie sich als ohnmächtig erwiesen hat, nach dort entsendet worden.

Dänemark.

Der Verfassungskampf der Isländer. Nahezu alle in Kopenhagen anwesenden isländischen Akademiker und Studenten sind am Freitag bei dem Minister für Island, Albert, vorstellig geworden, um gegen den Gudmundsson'schen Verfassungsentwurf zu protestieren. In dem Schriftstück, das sie dem Minister überreichten, wird ausgeführt, daß es für die Herbeiführung einer überreicheren Ordnung der Verfassungsverhältnisse Islands unumgänglich notwendig sei, daß der Schwerpunkt der Verwaltung der isländischen Angelegenheiten nach Island selbst verlegt werde. Des weiteren heißt es in dem Protest: „Gemeinsam mit dem größten Teil unsrer Nation geben wir uns der Hoffnung hin, daß die neue freisinnige Regierung, die in unsrer Lande mit so großer Freude begrüßt wurde, im Stande sein wird, Island für seine besonderen Angelegenheiten eine inländische Regierung zu verschaffen, und zwar so, daß der dem Alltags gegenüber verantwortliche Leiter in Island ansässig ist und vom Lande selbst befehligt wird.“

Frankreich.

Die Religionsgemeinschaften und das Vereinsgesetz. Mit dem 3. Oktober läuft die Periode, während welcher die Kongregationen die Autorisierung nachsuchen konnten, ab. Diejenigen, die es bis nun nicht getan haben, müssen Frankreich verlassen oder sich auflösen. Die Zahl der auswandernden Religionsgemeinschaften ist größer, als anfangs angenommen wurde. Ein Circular, welches der Justizminister fordern an die Behörden erläßt, fordert das strengste Vorgehen gegen die Religionsgemeinschaften, die sich dem Gesetz nicht unterwerfen bzw. versuchen, es zu umgehen. In dem Circular wird den Verwaltungs- beziehentlich den Gerichtsbehörden anbefohlen, unverzüglich gegen die Gesellschaften vorzugehen. Die weiterbefehlenden, nicht autorisierten Gesellschaften werden als ungesetzlich erklärt, ihre Autorisierungen durch die Behörden geschlossen, ihre Mitglieder strafrechtlich auf Grund des Gesetzes verfolgt. In solchen Fällen erfolgt die Liquidation durch einen von den Behörden eingesetzten Liquidator. Der Minister gibt ferner eingehende Verhaltensregeln an die Staatsanwaltschaften, die Verträge der Religionsgemeinschaften, das Gesetz zu umgehen, zu vereiteln und zu verfolgen. Scheinverträge, in Werk gesetzt, um das Weiterbestehen der Niederlassungen unter dem Namen Dritter (Privatpersonen) zu ermöglichen, sind null und nichtig; nichtig sind ferner auch vom 3. Oktober ab Verträge an einen Dritten, welcher die Herkunft des Kaufobjekts kannte. Die Liquidation von Vermögenswerten und Liegenschaften der Kongregationen darf vom 3. Oktober ab nur unter Aufsicht und Aufsicht der Staatsbehörden geschehen. Aufgelöste Kongregationen dürfen keinerlei Unterricht erteilen oder durch andere erteilen lassen.

Abbrüchenantrag. Bei Wiederzusammentritt der französischen Kammer wird ein sozialistischer Deputierter einen Antrag stellen, wonach die französische Regierung aufgefordert wird, durch ihren Delegierten zur internationalen Friedenskonferenz den andern Mächten folgende Vorschläge zu unterbreiten: Erziehung eines Schiedsgerichts für alle Staaten, die auf der Konferenz vertreten waren; Umwandlung der stehenden Heere in Milizen; gleichmäßige Verabreichung der Heerespräsenz; periodische Zusammenkünfte der internationalen Konferenz, um ein internationales Recht herauszubilden.

Rußland.

Russische Verhältnisse. Auf Anordnung des Ministers des Innern wurde der Straßenverkauf der „Petersburger Gazette“ für einen Monat unterbunden. Diese Strafe wurde dem Blatt auferlegt, weil es eine übrigens ganz unbedeutende Nachricht über Tolstois Aufenthalt in der Krim gebracht hatte. Es war, wie erinnerlich, den Zeitungen strikte untersagt, irgend welche Nachricht über den großen russischen Schriftsteller zu veröffentlichen.

Afrika.

Zum spanisch-marokkanischen Konflikt. Einer Drahtmeldung des Madrider Korrespondenten der „Morning Post“ zufolge, hat der spanische Gesandte in Tanger seiner Regierung berichtet, Saavedra sei in Marrakech angekommen und habe die Note der spanischen Regierung dem Sultan in Gegenwart seiner Minister überreicht. Derselbe habe versprochen, allen Forderungen Spaniens genügen und die Verpflichtung enthaltendes Dokument unterzeichnen zu lassen. Die marokkanischen Truppen, welche zur Rückgewinnung der Wahlen wegen des Raubes zweier spanischer Fischer ausgesandt sind, werden von einem spanischen Beamten begleitet werden, der dafür zu sorgen hat, daß die Expedition ihren Auftrag vorchriftsmäßig erledigt.

Der Boeren-Krieg.

In den Kämpfen bei Fort Itala

Wird noch gemeldet: Nach nunmehr eingegangenen weiteren Nachrichten haben die Boeren vor dem Fort Itala 305 Mann auf dem Schlachtfeld gelassen.

Ein weiteres Telegramm meldet: Der Erfolg der Engländer im Zululand stellt sich jetzt als viel bedeutender heraus, als bisher gemeldet war. 200 Boeren wurden getötet und über 300 verwundet und gefangen genommen. (3) Major Chapman hat Vortreffliches geleistet. Einige Namen der Boeren-Polizei sind getötet worden. Ein Polizei-Offizier und der britische Convoy sind aber den Boeren in die Hände gefallen.

Diese letzte Nachricht erhält durch folgendes Telegramm ihre Ergänzung:

Ein großer Wagenzug, der heute vormittag nach Fort Prospekt abgegangen war, wurde sechs Meilen von hier von den Boeren weggenommen. Der Feind verbrannte die Wagen mit den Lebensmitteln und nahm das lebende Vieh mit. Der Unter-Inspektor der Natal-Polizei Mansell geriet in Gefangenschaft, sechs Mann der Eingeborenen-Polizei fielen, zwei wurden verwundet.

Ein Telegramm Lord Riechers an das Kriegsamt meldet, englische Soldaten, die von den Boeren bei dem Angriff auf Fort Itala gefangen genommen, später aber freigelassen wurden, erklärten, sie hätten die Boeren nach dem Kampfe 60 tote beerdigten Leichen. Hierdurch wird offenbar die private Mitteilung, daß 300 Boeren getötet worden seien, widerlegt.

Wieder ein Sohn Krügers gefallen.

Zwart Krüger, der Sohn des Präsidenten Krüger, ist heute früh nach kurzer Krankheit gestorben. Zwart Krüger hatte sich erst vor wenigen Tagen den Engländern ergeben.

Zur Lage.

Ein Telegramm Riechers aus Pretoria von gestern besagt: In der Woche seit dem 23. September sind 27 Boeren getötet, 24 verwundet und 274 gefangen genommen worden; 48 haben sich ergeben. Außerdem wurden eine Anzahl Gewehre und Patronen, mehrere Wagen und viele Pferde und Vieh erbeutet. In der Depesche heißt es dann weiter: Die von den Boeren bei dem Angriff auf Fort Itala am 26. September gefangen genommenen, später aber wieder freigelassenen Engländer erzählen, sie hätten gesehen, daß die Boeren 60 Mann in ihrem Lager beerdigt hätten. General Hamilton berichtet, daß auch in der Nähe von Itala mehrere Boeren beerdigt worden seien. Am 26. und 27. waren die Boeren lediglich damit beschäftigt, ihre Toten und Verwundeten zu bergen. Die Hauptmasse des Feindes lagert jetzt in der Nähe von Verihas-dorp. In Transvaal und dem Orange-Staat ist die Lage unverändert. In der Kapkolonie stehen die Boerenkommandos von Rydburgh und Fouché zum größten Teil östlich von Drakensburg. Im Transvaal-Distrikt steht Smuts, der sich vor den englischen Truppen eilig nach Süden gewandt hat und am 28. September in der Nähe von Sheldon stand. Im Süden und Westen ist die Lage unverändert. Das Centrum der Kolonie ist vom Feinde geäubert, daß das Lager des Obersten Kewich bei Moedwill westlich von Ragato am 30. September früh bei Tagesanbruch von Deloren und Kemp angegriffen wurde. Die Boeren wurden zurückgeworfen und zogen sich nach 6 Uhr morgens in nordwestlicher Richtung zurück.

Partei-Nachrichten.

Die Parteipresse und der Parteitag.

So weit die Parteipresse bis jetzt zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitags Stellung nehmen konnte, geht ein Grundton durch alle diese Beiträgen: die hohe Befriedigung über die Beschlässe in den drei wichtigsten inneren Parteifragen, die den Parteitag beschäftigten: die Angelegenheit des Genossen Versteine, die Frage der Accordarbeit und die Frage der Budgetbewilligung. Allgemein ist die Befriedigung über die Beschlüsse und ebenso allgemein über die große Einmütigkeit, mit der sie gefaßt wurden. Es macht sich überall die Empfindung geltend, daß der Parteitag in allen diesen Fragen, die soviel Erregung hervorgerufen haben, die richtigste Lösung gefunden hat.

Wehr oder weniger deutlich wird aber zugleich ausgesprochen, daß die Debatten nicht immer so erfreulich gewesen sind und in einigen Blättern wird auch der Wunsch ausgesprochen, daß wir nicht gleich wieder so stark persönlich angelegte Auseinandersetzungen haben möchten, daß das persönliche Element im Meinungsstreit etwas mehr zurückgedrängt werden möchte.

Auch der Meinung begegnen wir, daß die sogenannte Verstein-Debatte mehr das Produkt unnützer Aufschauung gewesen sei.

So weit Meinungsäußerungen über die geänderte Sitzung vorliegen, überwiegt die Meinung, daß die Verhandlungen in dieser die Notwendigkeit des Ausschlusses der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigt hätten.

Der gleichen Meinung, wie die meisten deutschen Parteiblätter, giebt über den Ausgang des Verstein-Streites auch unser Wiener Bruderblatt Auskunft. Wir sehen in dieser Zustimmung auch des österreichischen Parteiblattes eine besondere Gewähr dafür, daß der Parteitag schließlich den richtigen Ausweg gefunden hat.

Zu dem Parteitagsbeschlusse über den Hamburger Schiedspruch schreibt der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ in seiner neuesten Nummer:

„Der Parteitag hat sich mit Annahme dieses Antrags (gemeint ist der Antrag 114. R. d. V.) auf den Boden der Motive zum verflochtenen Gutachten gestellt, daß die Arbeiterwilligen roeten Streikbrecher als ungesetzliche Stützen des Staates geschätzt werden müssen und zugleich auf den Unternehmerstandpunkt, daß man zwar diese Leute aus sittlichen Gründen verachten, aber so lange sie unbedingte Heeresfolge leisten, nicht strafen kann.“

Diese böswillige Verleumdung wird wohl am besten durch den Hinweis auf die Thatfache widerlegt, daß dieser Beschluß mit 290 gegen nur 3 Stimmen gefaßt worden ist, und daß sich unter denen, die den Antrag annahmen, eine Anzahl der bestmühten Führer großer Gewerkschaften befanden, daß kein einziger der auf dem Parteitage anwesenden Gewerkschaftsführer gegen diesen Antrag stimmte. Alle diese Leute werden nunmehr von Verhängnis in den großen Topf der zuchtunfreundlichen Gewerkschaftsverträter geworfen. Diese neueste Verhängnis ist ein lauslicher Beweis der Unfähigkeit der bornierten Gewerkschaftsleiter, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Wenn es je eine gefährlichere Verheerung, eine Schädigung der allgemeinen Arbeiterinteressen gegeben hat, so ist es diese hässliche Verleumdung des Thatbestandes. Alle auf dem Parteitage anwesenden Führer der Gewerkschaften einigen sich mit den Parteivertretern auf eine alle Teile befriedigende Beilegung eines Streitfalles, der die Gemüter mehr als gut erregt hat und nun kommt ein von dem Vertrauen einer großen Gewerkschaft auf einen verantwortungsvollen Posten gestellter Mann daher und stellt diese Forderung auf eine Stufe mit der Zuchtunsvorlage! Die einmütig gefundene Lösung des Konflikts mag den Herrn ja schmerzen, aber ist die Arbeiterbewegung dazu da, die persönlichen Rachegefühle einzelner Personen zu befriedigen?

Eine schauerhafte Geschichte. Auf dem Dampfer, der unsre Parteidelgeranten vorige Woche ein Stück in die Osee hinausfuhr, wehte natürlich die rote Flagge. Wäre das in Preußen oder gar in Sachsen passiert, so wäre es an sich schon schauerhaft. Durch die begleitenden Umstände, die jetzt der Redacteur eines libischnen Ordnungsblasses entfällt, wird es aber auch für die Republik Lübeck zu einer That, die schwer zu fassen ist.

Das Dampfschiff fährt nämlich zunächst dem Namen des Admirals Gollmann; dem Kapitän der Dampfergesellschaft, der das Schiff gehört, sitzt ein Herr Kommerzienrat Sartori vor; dieser ist nicht nur Kommerzienrat, sondern auch Mitglied des kaiserlichen Jagt-Klubs, erste Kraft im Deutschen Flottenverein, Herausgeber einer Zeitung, die alljährlich die Socialdemokratie vernichtet, Hauptbesitzer der Linie Kiel—Korsör, die von der kaiserlichen Post — soll heißen Reichspost — einen monatlichen Zuschuß von 14 000 M. bekommt. Dieser Herr hat zugelassen, daß auf einem Schiffe namens Admiral Gollmann, auf einem Schiffe, das alljährlich im Dienste der kaiserlichen Flotte steht, nicht nur der socialdemokratische Parteitag in die Osee gefahren wird — wenn es noch in die Osee gewesen wäre — nein, sogar, daß auf diesem Schiffe die rote Flagge gefaßt wurde! Das ist ein schwer zu fassendes Verbrechen! — Aber ganz unfassbar ist er nicht. Nicht wir, nein, der Herr Ordnungsbreiter aus der Republik fordert — und nicht im Scherz, sondern mit dem ganzen

Bathos des lächerlichsten Priesters einer entweihten Kirche — das Fahrgehalt der Socialdemokraten für die Kasse des Flottenvereins.

Für den Flottenverein steht der geliebteste Weltmachtsdeutsche über ein bestes Schiff voll roter Flaggen.

„Die Befestigung des Hungers“, das vortrefflich illustrierte Flugblatt des Parteivorstandes, hat der Polizei da und dort Kopfschmerzen gemacht; sie hat wohl das Aufsteigen in der einfachen bildlichen Darstellung der Wahrheit und ist dagegen eingeschritten. So auch unter anderen von uns schon mitgeteilten Fällen in Rupprecht in der Strahburger Gegend. Leider hat auch die subtilste Prüfung durch den Staatsanwalt keine Handhabe zum gerichtlichen Einschreiten geboten und die Blätter mühten den Verbreitern wieder zurückgegeben werden.

Merkwürdig ist dabei, daß sie ihnen zur Arbeitsstelle gebracht wurden, wo sie doch gar nichts damit anfangen konnten. Die Wohnungen der Arbeiter waren doch bei der Beschlagnahme sorgsam geprüft worden.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Eich-Lothringischen Volkszeitung“ ist der bisherige Redacteur Genosse Dr. Lentz ausgeschieden.

Eine Wahlbetrachtung sollte es sein, was wir gestern aus dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über den Ausfall der sächsischen Landtags-Wahlen wiedergaben; der Sechsfachteil war aber mit dieser Kennzeichnung nicht einverstanden und machte daraus eine Wahlbewegung. Allen Willen wir aber unsern eigenartigen Freunde doch nicht lassen und wir bestehen deshalb darauf, daß es eine Betrachtung war.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung des meiningischen Staatsministeriums** wurde Genosse Fiedisch, Redacteur des „Saalfelder Volksblattes“, vom Landgericht Rudolstadt zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte sich in einem Artikel seines Blattes mit der Beschäftigung eines Saalfelder Amtsanwalts im meiningischen Ministerium beschäftigt. Der Staatsanwalt hatte 100 M. Geldstrafe beantragt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Situation nach dem Glasarbeiterstreik.

Die Zeitung des Glasarbeiterverbandes schreibt uns: Die Einstellung von Streikenden konnte bisher nur in ganz minimaler Weise stattfinden. Die Glasöfen bedürfen beim Anfeuern der größten Vorsicht und wird der vollständige Betrieb erst zu Beginn nächster Woche stattfinden können. Die Arbeiter, welche sich zur Aufnahme der Arbeit meldeten, hatten die schwersten Vorwürfe zu erdulden. In den verschiedenen Betrieben mühten Verträge unterzeichnet werden, die dem Gesetz zuwiderlaufen. In einigen Betrieben ist der Austritt aus der Organisation zur Pflicht gemacht worden, auch die Verbandsbücher wurden aberkannt. Kurz alles, was man dem Beheben bieten konnte, ist unternommen worden.

Die Lage der Streikenden ist gegenwärtig eine trostlose. Die Streikenden, die sich während des langen Kampfes mit der geringsten Unterstützung begnügt haben, stehen jetzt völlig mittellos da. Die Verbandskasse ist völlig geleert und kann deshalb den Streikenden nicht die geringste Unterstützung geben werden. Auch die Behandlung, die sich die Arbeiter von den Beamten gefallen lassen müssen, ist unbeschreiblich. Es ist sehr Sitte, daß, wenn die erste Woche gearbeitet ist, ein kleiner Lohn gegeben wird. Als diejenigen, die eine Woche gearbeitet hatten, den Vorschuh begehrten, hieß es: „Geht zum Streik-Komitee.“

In ganz gemeiner Weise gingen einige Arbeitswillige in Dresden gegen unsre Kollegen vor. Als ein Kollege den Arbeitsplatz auf eine kurze Zeit verließ, da fand er bei der Rückkehr sein Werkzeug mit Blei beschwert. Kommt man sich wohl etwas Nichtswürdigeres vorstellen? Erst den Rumpfen in den Händen fassen und dann nach dem Werkzeug der Mühselbrennen beschimpfen. In Riesa sind noch ca. 200 Kollegen, die Anfang dieser Woche noch nicht eingestellt waren. In Wertheim sind circa 100 Gemagregelte, die auf Wiederstellung verzichten müssen. Fast an allen Orten sind eine Anzahl gemagregelte Kollegen zu verzeichnen. Erst Anfang nächster Woche wird der Betrieb in allen Fabriken gänzlich aufgenommen werden können. Eine Unterstützung ist den Streikenden seit dem 14. vor. Mts. nicht mehr gezahlt worden. Das Gleiche und die ganze Lage der Streikenden ist geradezu unbeschreiblich. Auch seitens des Verbandes kann an eine Hebung dieser Lage nicht gedacht werden, da die Kassen geleert sind.

Wir bitten deshalb die Parteigenossen dringend, uns zur Linderung der Not noch einige Unterstützung zu bringen, um zu lassen, damit die Gemagregelten, die im Vordergrund der Bewegung gestanden haben, über Wasser gehalten werden können.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

An alle Arbeiter der Lederwaren-Industrie (Buchbinder, Leder-galanterie-Arbeiter, Portefeuerer, Sattler und Schuhmacher) erklärt eine in Leipzig bestehende Kommission obiger Verufe einen Aufruf, des Inhalts, daß die Lederarbeiter Deutschlands in allen Orten gemeinsame Protestversammlungen gegen den Joller-Tarif veranlassen möchten. Es wird darauf hingewiesen, daß der neue Joller-Tarif außer den Jollerhöhen auf Lebensmittel auch solche auf Helle, Leder, Lederwaren, Seide etc. enthält, und die in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter daher besondere Uebrigkeiten gegen diese sie in ihren Gewerkschaftsverhältnissen schädigenden Joller-Tarif zu erheben. In den gemeinsamen Versammlungen sollen Protest-resolutionen gefaßt und dem Reichstage sowie dem Bundesrat zugestellt werden.

Die Buchbinder in München beschließen am letzten Sonntag in gut besuchter Versammlung, den Prinzipalen folgende Lohnforderungen zu unterbreiten: 1. neunstündige Arbeitszeit; 2. Minimallohn: für Arbeiter 21 M., für Ausgelernte 18 M., für geübte Arbeiterinnen 18 M., für besonders geübte 15 M., für ungebildete Arbeiterinnen das erste halbe Jahr 7 M., das zweite halbe Jahr 9 M., für Arbeiterinnen unter 16 Jahren das erste Jahr 6 M., das zweite Jahr 7 M., das dritte Jahr 9 M.; 3. Bezahlung der geleisteten und vom Geschäft angeordneten Feiertage; Lohnzuschlag von 10 Proz. für alle von diesen Forderungen nicht berührten Kollegen und Kolleginnen; die Zuschläge für Ueberzeitarbeit die erste Stunde 10 Pf., zweite Stunde 15 Pf., dritte Stunde und Sonntagsarbeit 20 Pf., Arbeiterinnen erhalten 5, 8 und 10 Pf., Accordarbeit ist einbezogen. 6. Für Accordarbeit ist der Lohnsatz der Leipziger Tarifkommission einzuführen; 7. Freigabe des 1. Mai; 8. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Zahlstelle München des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Steinheuer. Die Differenzen in Langensalza sind beigelegt. Der Steinheuerer Parteil aus Gotha hatte die Absicht, den Stundenlohn von 60 auf 50 Pf. herunter zu setzen. Infolge des einmütigen Widerstandes der organisierten Steinheuer hat der Herr sich bereit erklärt, die bisherigen Löhne zu halten.

Die Kupferschmiede Hamburgs haben bekanntlich vor einiger Zeit den Streik aufgehoben, die Sperre über Hamburg-Altona aber weiter bestehen lassen. Einem Antrag der Lohnkommission zufolge beschloß eine am letzten Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung der Kupferschmiede mit 48 gegen 40 Stimmen, nunmehr auch die Sperre aufzuheben.

Gerichtliche Rindspiele zum Glasarbeiter-Streik. Vom Schöffengericht in Rindspil ist ein Arbeiter, der einen Arbeitswilligen „Streikbrecher“ nannte, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ein anderer Glasarbeiter wird sich demnächst vor

Gericht zu verantworten haben, weil er einen Arbeitswilligen durch die Worte beleidigt haben soll: „Ich gebe einem Streikbrecher keine Priesel.“ Nun soll also das Gericht die verlebte Ehre des überempfindlichen Menschen retten.

Das Gewerkschaftsblatt „L'Operaio Italiano“ ist in der Person seines verantwortlichen Redacteurs, Genossen Legati, von der Strafkammer in Hamburg vor einigen Tagen zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden. In einer Nummer des genannten Blattes soll zur Mißhandlung von Streikbrechern aufgefordert worden sein. Zu der Verhandlung bemerkte Legati auf einen Vorhalt des Vorsitzenden, daß er, wenn er das Blatt verantwortlicher zeichne, obgleich er die italienische Sprache, in der es geschrieben wird, nicht versteht, sich gewissermaßen in einer Zwangslage befinde. Das Blatt werde herausgegeben, um die einwandernden italienischen Arbeiter dadurch von Lohnrückzahlungen abzuhalten, daß Aufklärung über die deutschen Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter ihnen verbreitet werde. — Das könne in wirksamer Weise nur durch Italiener geschehen. Wenn es gelang, solche für das Blatt zu gewinnen, so habe die Hamburger Polizei solche Ausländer, auch wenn sie sich in keiner Weise strafbar gemacht hätten, sofort ausgewiesen. Das sei schon einem Redacteur des Blattes geschehen. Man sei also darauf angewiesen, von Italienern für das Blatt schreiben zu lassen, und er als Vorsitzender der Generalcommission, die zur Herausgabe des Blattes verpflichtet sei, habe sich gezwungen gesehen, als verantwortlicher Redacteur zu zeichnen.

Ein Gewerbegericht soll in Tübingen (Württemberg) einem durch Besuch des Gewerkschaftsartikels veranlaßten Beschluß des Gemeinderats zufolge errichtet werden.

Das Gewerkschaftsartikel in Mittweida hatte bei der Amtshauptmannschaft die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Amtsbezirk Mittweida beantragt. Von der Amtshauptmannschaft waren infolgedessen die beteiligten Gemeindevertretungen veranlaßt worden, zu dem Antrage Stellung zu nehmen. Von denselben stimmten 4 zu, 21 lehnten ab. Es liegt nun an dem Ergebnis der jetzt vorgenommenen Umfrage bei den Unternehmern, ob die Errichtung eines Gewerbegerichts erfolgen soll.

Der Polizeipräsident von Hannover hat an verschiedene dortige Justizstellen um Gewerkschaften die Aufforderung ergangen lassen, daß sie auf Grund von § 2 des preussischen Vereinsgesetzes ein Verzeichnis ihrer Mitglieder und hinfür jede Veränderung im Mitgliederbestande der Polizei anzeigen sollen.

Ausland.

Wagabundengesetz und Gewerkschaft in Oesterreich. Im vergangenen Sommer wurden Mitglieder des österreichischen Buchdrucker-Verbandes, die sich auf der Reise befanden, in mehreren Orten Oberösterreichs durch Werthharnen aufgegriffen und von den Gerichten wegen Landstreicherei zu Arreststrafen verurteilt. Infolgedessen hat sich die Leitung des Buchdrucker-Verbandes an das Ministerium des Innern und an das Justizministerium gewandt und dargelegt, daß das Vorgehen gegen die reisenden Verbandsmitglieder ungerechtfertigt sei, weil die betreffenden Arbeiter einen statutarischen Anspruch auf Reiseunterstützung haben, was einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gleichkommt, so daß die reisenden Verbandsmitglieder, selbst wenn sie keine Vorurteile bei sich haben, nicht als Landstreicher angesehen werden können. Das Ministerium des Innern wurde ersucht, in diesem Sinne die Bezirks-Hauptmannschaften und die Gendarmen-Commandos befehlen zu lassen, während der Verband an das Justizministerium das Ersuchen richtete, die Generalprocuratur anzuweisen, daß sie bezüglich zweier rechtskräftiger Verurteilungen von Verbandsmitgliedern die Nichtigkeitsbeschwerden einbringe. Das Vorgehen des Verbandes hatte einen vollen Erfolg. Die Wiener Arbeiterzeitung, der wir obige Mitteilung entnehmen, berichtet ferner: Das Justizministerium hat in seinem Verordnungsblatt die Befehle erteilt, daß vor Erhebung von Anklagen wegen Landstreicherei festgestellt werde, ob der betreffende Arbeiter Anspruch auf Reiseunterstützung hat. Der Generalprocurator wurde aufgefordert, hinsichtlich der beiden Fälle von Verurteilung die Nichtigkeitsbeschwerden einzulegen.

Streik der Perlmutter-Drechsler in Wien. Am Sonnabend haben die Hemdknopfmacher Wiens die Arbeit niedergelegt, weil die Exporteure den Kleinmeister keine Preiserhöhung bewilligen wollten, die Meister aber bei den bisherigen Preisen nicht bestehen können. Die Gehilfen unterstützen die Bewegung der Meister. Zur Zeit ruht die Arbeit in der ganzen Branche. Etwa 30 Meister und 180 Gehilfen befinden sich im Streik.

Abschaffung der Nachtarbeit für Bäcker. In Florenz, wie überhaupt in der ganzen Provinz Toscana ist seit Monaten eine Bewegung der Bäcker-Arbeiter im Gange, welche die Abschaffung der Nachtarbeit zum Zweck hat. In einigen kleineren Orten sind, wie wir bereits mitgeteilt haben, die Arbeiter mit ihren Forderungen durchgedrungen. Jetzt wird dasselbe auch von Florenz gemeldet. Dort hört mit dem 1. Oktober auf Grund eines Beschlusses der Meisterorganisation die Nachtarbeit für die Brotbäckereien auf; ausgenommen sind noch die Feinbäckereien. Es wird eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Unternehmer und der Arbeiter, gebildet werden, welcher die Aufgabe zusteht, außer dieser Frage auch noch andere gewerbliche Fragen, z. B. die Lehrlingsfrage einer Regelung entgegenzuführen. Das Beispiel von Florenz wird sehr zu Gunsten der Abschaffung der Nachtarbeit auch in andern Städten wirken.

Der Ausstand der Kohlenarbeiter im Lütticher Revier hat, wie „Wolfs Telegraphen-Bureau“ meldet, am Dienstag an Ausdehnung zugenommen. Die Zahl der Ausständigen ist von 3000 auf 5000 gestiegen, der Ausstand hat sich auf etwa zehn weitere Kohlenreviere ausgedehnt. Die Ausständigen durchziehen, die Carnagnole singend, die Ausstandsgebiete. Heute früh wurden mehrere Versuche gemacht, die noch Arbeitenden zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Bankenmarkt.

Die starke Beteiligung der größeren Kreditbanken an industriellen Gründungen und Unternehmungen, die in den vergangenen Jahren der Prosperität von der Börse gepriesen wurde, ist ein Vorgang, der dem deutschen Bankwesen gegenüber der aus allerlei Bedenken nicht herauskommenden Zurückhaltung der französischen Kreditanstalten gerühmt ist, erweist sich nun, nachdem die Geschäftslage sich stetig verschlechtert und bald über dieses, bald über jenes industrielle Establishment unangenehme Weidungen einlaufen, nimmermehr als ein verschärfender Faktor der Krise. Nicht nur die Zusammenbrüche der Dresdner Kreditanstalt und der Leipziger Bank, auch die Schwierigkeiten der Breslauer Diskontobank, die sich jetzt zur Verringerung ihres Aktienkapitals von 60 auf 40 Millionen Mark und zum Rückkauf ihrer Aktien zum Kurse von 74 Proz. gezwungen sieht, sowie die seit einigen Wochen erfolgenden Kursrückgänge verschiedener Bankaktien finden in diesem engen Konnex der Banken mit unangenehm finanziellen industriellen Unternehmungen ihre Erklärung. Besonders hat die Dresdner Bank sich an Geschäften dieser Art übernommen; sie ist an einer Reihe recht unsicherer Unternehmungen, wie z. B. der Ludwig Voetor-Gruppe, ferner an der Breslauer Reederei Vereinigter Schiffer, der Heilbronner Gewerbebank usw. beteiligt und steht deshalb seit einigen Wochen ihrer Aktien unter dem Einfluß der Baissespekulation stetig zurückgehend. Während noch vor 14 Tagen der Kurs über 120 stand, sank er gestern auf 116,30.

Daß diese Entwertung dem Gros der Aktienhaber wie der Bank selbst nicht behagt, ist begreiflich, und so sieht man seit einigen Tagen gewisse Blätter emsig bemüht, sich im Reinwaschen zu üben,

indem sie hervorheben, der Anteil der Dresdner Bank an dem Löwe-Syndikat betrage doch nur ein Sechstel, überdies sei ja noch gar nicht ausgemacht, daß dieses Engagement schlecht abschließen müsse etc. Und da diese gefälligen Bemerkungen ohne das beabsichtigte Resultat dieben, hat sich gestern die Dresdner Bank selbst zu einer sogenannten „Nichtigkeitsklärung“ betrogen gefühlt, in der es nach der üblichen Einleitung heißt:

„An der Kaiserleberer Maschinenfabrik ist die Dresdner Bank neben fünf andern Banken und ersten Firmen mit 569 000 M. Aktien, also 1/7 des vier Millionen betragenden Aktienkapitals und ebenso an dem gewährten Bankkredit mit einem Koyffelle beteiligt. Der Besitz der Dresdner Bank an Aktien der Hannoverischen Straßenbahn, der zu einem erheblichen Teil aus Anleihen zu niedrigen Kursen herrührt, bejaßert sich zur Zeit auf um 300 000 M. und hat der Höchstbestand im Laufe des Jahres überhaupt nur um 398 000 M. betragen. Das gesamte Effekten- und Konfortial-Konto der Bank entspricht hinsichtlich der Höhe und Zusammenlegung zur Zeit ungefähr dem Stande am Schlusse des Vorjahres. An den Forderungen und Zahlungsstörungen, an denen die Dresdner Bank, übrigens durchwegs mit relativ geringen Beträgen beteiligt ist, wird dieselbe vielleicht mit einer noch zu erwähnenden Ausnahme, voraussichtlich keinen Verlust erleiden. Beispielsweise ist sie auch für einen etwaigen Ausfall an den in Mannheim diskontierten 310 000 M. Accepten der Heilbronner Gewerbebank durch Effektendepot vollständig gedeckt. Nachdem sie ferner für die ungefähre Hälfte ihrer Forderungen aus beliesenen Ladefahrern der Breslauer Reederei vereinigter Schiffer eine neue erstklassige Sicherheit erhalten hat, beschränkt sich ihr Risiko auf die andre Hälfte von ca. 450 000 M., für welche außer der bekannten Breslauer Firma die Reederei selbst zweifellos haftet. An Debitoren in Sachsen, wo übrigens nur etwa der achte Teil des Gesamtkapitals der Bank bei den dortigen Niederlassungen arbeitet, hat dieselbe bisher keinerlei Verlust erlitten.“

Die Angaben lassen sich schwer kontrollieren und beziehen sich überdies nur auf einen Teil der Engagements; dazu beklündigt sich in ihnen, wie schon der Hinweis auf die Haftpflicht und die Sicherheitsleistung der Breslauer Reederei zeigt, eine recht ansehnliche Dosis Optimismus. Uebrigens ist die Dresdner Bank nicht die einzige, die sich zu sehr bei industriellen Unternehmungen engagiert hat, andre haben kaum weniger Appetit entfaltet; und wenn, wie leider fast gewiß ist, die Erschaffung in der Eisen- und Maschinenbranche andauert, steht noch manche Ueberrückung auf dem Bankenmarkt bevor.

Ein neuer Bankkrach. Schon wieder kommt die ganz überraschende Mitteilung, daß ein Altos bisher in gutem Ruf stehendes Bankhaus in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Es handelt sich um die Bank von Robert Suermont u. Co. in Aachen — ein Unternehmen, das auf 30 Millionen geschätzt wird. Als die Ursachen des Fallissements dürften die Syndikats- und Gründungsstreiterei in der rheinischen Industrie anzusehen sein, die nun inmitten ihrer Abschwüchigung solche Unternehmungen, die diese Gründungen finanzierten, mit hinabreißt. Es übertraf die, daß Robert Suermont, der Leiter der Bank, vor kurzem aus dem Aufsichtsrat der schlecht reüssierenden Bank für Bergbau und Industrie zurücktrat, da er doch sonst noch als geschäftsgewandter Bankleiter sechs Gesellschaften als Aufsichtsratsmitglied angehört. Zu den Gläubigern gehören größere Bankinstitute, die vorläufig ihre Forderungen stunden müßten, während den kleinen Gläubigern die Gelder von der Bergisch-Märkischen Bank ausbezahlt werden, die die Liquidation übernommen hat. Die Bank steht mit der Deutschen Bank in nahe Beziehung, so daß auch hier wieder die schon oft beobachtete Ausnutzung der Situation durch ein großes Bankinstitut bemerkbar hervortritt. Nicht nur die aufwärts gehende Konjunktur hat im Bankwesen die Förderung der Großbanken betrieben, noch mehr steht die niedergehende Konjunktur unter der Begünstigung dieser Entwicklung. Bei dem Zusammenbruch der Commerzbank, der Spielbank-Banken, der Dresdner Kreditanstalt, der Breslauer Diskontobank spielte die Deutsche Bank eine mehr oder weniger bedeutende Rolle, sei es, daß sie bei der Sanierung die leitende Stellung übernahm, oder, wie es in Leipzig geschah, durch sofortige Gründung einer eignen Filiale ihren Geschäftsbetrieb ausdehnte. Der Zusammenbruch der Kleinen ist ein Aufsteigen der Großen, die schließlich aus den Wirren und unangenehmen Verlusten, die heute aus diesen Geschäftserstarrungen entstehen, ihre Vorteile zu ziehen wissen.

Eine Organisation der Glasfabrikanten hat sich in Charleroi (Belgien) gebildet. Die Mitglieder haben 1000 Fr. pro Monat und pro Ofen einzuzahlen; es kommen so pro Monat 40 000 Fr. zusammen. Die Steuern sollen so lange erhoben werden, bis ein Kapital von einer Million Frank aufgesammelt ist. Es handelt sich hier um eine Widerstandslosse gegen Streiks. Im Fall eines Streiks treten die Unternehmer zusammen und entscheiden, ob die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden sollen oder nicht. Ist der Widerstand gegen die Arbeiter beschloffen, so erhält der betreffende Unternehmer eine bestimmte Summe aus der Widerstandslosse. Der Unternehmer kann auch die Forderungen der Arbeiter selbst gegen den Willen der Organisation bewilligen, hat aber dann keinen Anspruch auf Unterstützung. Die Organisation der Arbeiter anzuerkennen, würden sich die Glasfabrikanten noch immer.

Eisenartikel und Eisenmarkt in Oesterreich-Ungarn. Aus Wien wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: „Der Rückgang des österreichischen Eisenartikels seitens der Alpinen Montanengesellschaft ist nunmehr die Auflösung des Central-Verkaufsbureaus der böhmisch-mährischen Eisenwerke erfolgt. Das Bureau bestand seit 1895 unter Führung der Prager Eisenindustrie und hört mit dem laufenden Monate zu existieren auf. Die böhmische Montan- und die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft werden nunmehr den Verkauf ihrer Fabrikate selbst in die Hand nehmen, während die Wittolwitzer Werke eine eigene Verkaufsstelle in Wien errichten. Damit ist die Zertrümmerung des Eisenartikels beendet. Für den Konsum werden jetzt voraussichtlich bessere Zeiten kommen, denn die Abdrückung der Preise, über die schon in den letzten Communiqués der Eisenwerke geklagt wurde, dürfte jetzt ein rascheres Tempo einschlagen. Im übrigen ist die Lage des Eisenmarktes in Oesterreich-Ungarn gegenwärtig durchaus nicht so düster, wie sie vielleicht geschildert wird. Der sogenannte Tagesbedarf ist immer noch ganz ansehnlich und fast normal; nur größere Transaktionen und Aufträge auf längere Termine fehlen gänzlich, was auf die Unsicherheit der Preisverhältnisse zurückzuführen ist.“

Gerichts-Beilage.

Der bekannte Geh. Ober-Regierungsrat a. D. und frühere vortragende Rat im Staatsministerium Hr. v. Broich hatte gestern den Chefredacteur der „Vossischen Zeitung“ Hermann Bachmann wegen Beleidigung vor die 147. Abteilung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Amtsrichters Hoffmann citirt. Dem Angeklagten stand Rechtsanwalt Oscar Reumann als Verteidiger zur Seite. Die Wohlthätigkeits-Unternehmungen des Herrn v. Broich, die zu dessen finanziellem Ruin geführt haben, haben demselben in der Presse wiederholt eine für Herrn v. Broich unangenehme Beleuchtung erfahren. Er gab darauf eine etwa 200 Seiten starke Broschüre unter dem Titel „Zur Rettung gegen schreiendes Unrecht“ heraus, in welcher er darlegte, wie nach seiner Ansicht die Dinge sich entwickelt hätten, und an der Hand von Belegen nachzuweisen versuchte, daß er nur idealen, in sozialer Beziehung bedeutsamen Plänen nachgetrebt habe, und nicht die Angriffe verdiene, die man gegen ihn richtete. Die Broschüre wurde auf eine große Anzahl von Personen und Zeitungen verschickt, u. a. auch an die „Vossische Zeitung“. Diese machte den Inhalt der Broschüre in ihrer Nr. 23 vom 15. Januar zum Ausgangspunkt eines Leitartikels „Wohlthäter der Menschheit“. Darin wurde das Wirken des Herrn v. Broich auf socialpolitischem Boden einer sehr abfälligen Kritik unterworfen. Es wurde auf einzelne seiner Unternehmungen, wie

„Pionier“, „Künstlerheim“, Mietung des alten Reichstagsgebäudes etc. etc. hingewiesen und ausgeführt, daß seine Bestrebungen unklar und verworren gewesen seien, daß er sich in der Wahl der Mittel vergriffen habe und daß es bedauerlich sei, wenn man aus der Broschüre ersehe, daß dieser „Wohlthäter der Menschheit“, der sich für seine socialpolitischen Pläne fortgesetzt auf die kaiserliche Volkshaus vom Jahre 1881 berufe, seinen Gründungen, die samt und sonders Lustschlösser seien, eine Million Mark geopfert habe. Der Artikel erwähnt ferner, daß der Privatkläger einen „Ordenshacker“ betrieben habe und von der „igen Idee“ befallen sei; er sei nur deshalb von seinem Landratsposten nach Berlin gelockt worden, damit Graf Wilhelm Bismarck seinen Platz als Landrat einnehmen könne. Es sei bezeichnend, daß die Staatsregierung seinen „Treiben“ nicht schon lange ein Ende bereite, sondern das fernere Verweilen des Privatklägers im Amte geduldet habe. Sein Buch werde eine gute Lehre für andre „Wohlthäter der Menschheit“ sein, sich die Unternehmungen, an denen sie sich beteiligen, rechtzeitig genau anzusehen, um sich nicht selbst bloßzustellen und andre zur Nachfolge zu verleiten. — Wegen dieses Artikels strengte Geheimrat v. Broich die Privatklage an. Er wurde damit vom Schöffengericht zurückgewiesen, da der Artikel keinen beleidigenden Inhalt habe; auf seine Beschwerde ordnete jedoch die Strafkammer die Erhebung der Privatklage an. Sowohl in dieser Beschwerde als auch in der Replik des Privatklägers sind so starke Ausdrücke gebraucht, daß daraufhin die Widerklage erhoben wurde. — Chefredacteur Bachmann bestritt, daß der Verfasser des Artikels die Absicht der Beleidigung gehabt habe. Derselbe habe lediglich eine berechtigte Kritik auf Grund eines Buches geübt, welches der Verfasser zum Zwecke der Beschreibung und Kritik der „Vossischen Zeitung“ zugestellt hatte. — Geh. Rat v. Broich suchte in längerer, oft erregten Ausführungen darzulegen, daß der Artikel Wahres verschweige, manches Unwahre behaupte und ein falsches Bild von seiner 40jährigen Wirksamkeit gebe, in der Absicht, ihn zu beleidigen und zu verspotten. Besonders beleidigend sei es, daß man seine gemeinnützigen Bestrebungen als „Treiben“ bezeichnet habe und ihm vorgeworfen werde, er sei von einer „igen Idee“ befallen. Thatsache sei es, daß Graf Wilhelm Bismarck, weil er der Sohn des Reichskanzlers war, seine Stelle als Landrat erhalten habe, er dagegen nach Berlin verlegt worden sei, wo er 14 Jahre die Disciplinarmachen habe bearbeiten müssen. Dadurch sei er gezwungen gewesen, für die in ihm wohnende Eitelkeit auf dem Boden gemeinnütziger Unternehmungen außeramtlich ein Feld sich zu schaffen und so sei er dann in die Hände von Leuten gefallen, die ihn belogen, betrogen und ausgebeutet haben. Vom „Ordenshacker“ könne keine Rede sein. Es sei sein gutes Recht, nachdem ihn die Staatsregierung in Stich gelassen, für diejenigen, die seine gemeinnützigen Unternehmungen mit Geld unterstützen wollten, Auszeichnungen zu beantragen. — Rechtsanwalt Oscar Reumann beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Der Artikel enthalte lediglich eine Kritik, die von dem Kläger herabgefordert worden sei. Für die Verrettigung, den Ausdruck „Treiben“ angewendet, stelle der Verteidiger event. folgende Thatfachen unter Beweis: 1. Die Strafakten des königl. Landgerichts in Posenburg in Sachen etc. Claussen würden ergeben, daß der Wiederangeklagte einen Handel mit Orden betrieben und das für die Erlangung von Orden erhaltene Geld für seine Privat Zwecke bzw. für sein von ihm mit Claussen betriebenes Geschäft verwendet hat. 2. Die Akten des Kammergerichts in der Prozeszsache Waldmann etc. Eduard v. Broich würden ergeben, daß der Agent Waldmann als Vermittler des Herrn v. Broich zu Herrn Weinberg kam mit dem Ersuchen, ihm 300 000 M. zu geben; dafür sollte Herr v. Broich dem Weinberg den erblichen Adel verschaffen. Weinberg habe das Geld gegeben, der Adel sei ihm trotzdem nicht verliehen worden. 3. Die Konturakten des Amtsgerichts I gegen Eduard v. Broich würden ergeben, daß ein Herr Paul Mergers 50 000 M. zur Konturmasse angemeldet hatte. Dieser Herr M. hatte, weil er beabsichtigte, seinem Vater zu dessen Jubiläum eine besondere Ehrung zu verschaffen, dieselbe mit Herrn v. Broich verhandelt und 50 000 M. gezahlt, aber nichts damit erreicht. — Weitere Beweisangebote betrafen die Vermögenslage des Privatklägers etc. — Der Gerichtshof lehnte eine Beweisaufnahme ab und sprach den Angeklagten frei, weil er ihm den Saug des § 193 Str.-G.-B. zubilligte. Weder aus der Form, noch aus den Umständen, unter welchen der Artikel veröffentlicht ist, könne die Absicht der Beleidigung herausgesehen werden. Dagegen seien in der Beschwerde des Replik des Privatklägers Beleidigungen enthalten. Freiherr v. Broich sei deshalb zu 30 M. Geldstrafe event. 6 Tagen Haft und zur Tragung der Kosten verurteilt worden.

Die Verhandlung gegen Ried und Genossen wegen Ausbeutung des betagten Fräuleins Dolling wurde gestern zu Ende geführt.

Um 9 1/2 Uhr verließ der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Müller, das Urteil.

Die Ehefrau Ried wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, 10jährigem Eheverlust und 3000 M. Geldstrafe (wovon 30 M. für Spielens in einer auswärtigen Lotterie), der Ehefrau Mann Ried zu drei Jahren Gefängnis, die Angeklagte Frau Just zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, wovon drei Monate durch die existierende Untersuchungshaft für verbißt erachtet wurden, verurteilt. Die Angeklagte Marie Ried wurde dem Antrage der Verteidigung gemäß freigesprochen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Streikende Telephonbeamten.

Mailand, 1. Oktober. (W. S.) Sämtliche hiesige Telephonbeamten sind wegen Gehaltsstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Seit heute früh ist daher der gesamte Telephonverkehr innerhalb Mailands und der Vororte eingestellt.

Wien, 1. Oktober. (W. S. B.) Der Reichsrat ist für den 17. Oktober einberufen worden.

Tassu, 1. Oktober. (W. S.) Der Direktor der hiesigen Nationalbank-Filiale, Snafo, hat sich erschossen.

Paris, 1. Oktober. (W. S.) Die socialistische Vereinigung von Cher beschloß die Ausschließung des Abgeordneten Breton und des Generalratsmitgliedes Congny aus der socialistischen Partei.

Luzern, 1. Oktbr. Der deutsche Ministerresident, der sich gestern in Begleitung seiner Gattin auf einem Spaziergange befand, betrat einen Privatpark, ohne zu wissen, daß dem Publikum der Besuch desselben nicht erlaubt sei. Der Sohn des Thormästers, ein 19jähriger junger Mensch, fragte den Gesandten, dessen Eigenschaft er nicht ahnte, was er hier wolle. Der Gesandte begnügte sich mit der Antwort: „Das geht Sie nichts an.“ und setzte seinen Spaziergang fort. Einige Sekunden später fiel ein Schuß und der Gesandte hörte die Schrotkörner in seiner unmittelbaren Nähe niederfallen. Er wandte sich um und sah einen Curien, die Jagdflinte noch auf ihn gerichtet haltend. Der junge Mann hatte sein Amt als Thormäster allzu ernst genommen. Der Gesandte hat den Minister des Auswärtigen bereits über diesen Vorfall Bericht erstattet und man hegt die Befürchtung, daß diese unbesonnene That diplomatische Folgen nach sich ziehen wird.

Moskau, 1. Oktober. (W. S. B.) Der Bürgermeister teilte in der letzten Sitzung der Stadtverordneten mit, daß der Millionär Solodownikow der Stadt 12 Millionen vermacht habe zur Errichtung von Häusern mit wohlfeilen Wohnungen für Arme.

Kanton, 30. September. (W. S. B.) Die deutsche Missionstation bei Hsingning wurde von Rebellen zerstört. Die Missionare der Station sind in Sicherheit. Der hiesige deutsche Konful hat sofort die chinesischen Behörden zu energischen Schritten veranlaßt.

Aus der Frauenbewegung.

Das weibliche Element in der Krankenversicherung. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 218, 3. Beilage des „Vorwärts“ befindet sich unter obigem Titel eine statistische Zusammenstellung, durch welche der Nachweis zu führen versucht wird, daß die verschiedenen Behauptungen, so namentlich auf dem jüngsten Ortskrankentag in Stuttgart, die weiblichen Mitglieder belasteten die Krankenkassen in außerordentlichem Maße, im allgemeinen nicht zutreffend seien. Als Beweis hierfür wird auf die amtliche Statistik sämtlicher deutschen Krankenkassen hingewiesen, wonach im Durchschnitt der 15 Jahre 1885/1899 auf je 100 weibliche Mitglieder weniger Krankengeldtage entfallen, als auf die gleiche Zahl männlicher Kassenmitglieder.

Wenn jemals Fehlschlüsse aus einer Statistik gezogen worden sind, so in jenem Artikel des „Vorwärts“ in vorliegender Frage. Nichts ist ungeeigneter, die geradezu abnorme Belastung der Krankenkassen durch die weiblichen Mitglieder zu verneinen, als wie durch Einführung der Zahl der Krankengeldtage. Ein, aber auch nur annähernd richtiges Bild würde die angelegene Statistik ergeben, wenn es sich lediglich um Krankengeld-Zuschüsse handelte, deren Aufgabe es bekanntlich ist, ihren Mitgliedern im Verhältnis zu der Höhe der Beiträge nur Kranken- und Sterbegeld zu zahlen.

Die Zwangskassen haben aber gesehlich auch noch andere Aufwendungen zu machen, z. B. für ärztliche Behandlung, Arznei, Wöchnerinnen-Unterstützung etc., deren Kosten im Verhältnis zu der Häufigkeit der Inanspruchnahme seitens der Mitglieder zu verteilen sind.

Man sieht aber fest, daß fast alle weiblichen Mitglieder sich in Kassen mit niedrigen Beiträgen befinden, und da andererseits ebenfalls feststeht, daß diese Mitglieder viel häufiger und länger den Arzt in Anspruch nehmen, folglich auch mehr Arznei und sonstige Heilmittel konsumieren, deren Kosten aber ebenso hoch sind, als wie für männliche Mitglieder, welche die höchsten Beiträge zahlen, so folgt daraus, daß die weiblichen Mitglieder allein schon wegen der niedrigen Beiträge zu den angeführten Kosten nur zu einem geringen Bruchteil beitragen. Es kommt hier aber hinzu, daß daneben die weiblichen Mitglieder auch noch die Wöchnerinnen-Unterstützung erhalten, an deren Stelle die männlichen Mitglieder nichts Gleichwertiges von den Kassen zu beanspruchen haben. Obwohl die weiblichen Mitglieder durch die häufigere und längere Inanspruchnahme des Krankengeldes die Kassen verhältnismäßig hoch belasten, so werden die Kassen doch viel erheblicher dadurch belastet, daß die weiblichen Mitglieder mit ihren winzigen Beiträgen nur in ganz geringem Maße zu den Kosten für Arzt, Arznei, Wöchnerinnen-Unterstützung, persönlichen und fächlichen Verwaltungskosten, Krankenhäuspflege und zu dem Reservefonds beitragen. Denn wenn ein weibliches Mitglied wöchentlich 24 Pfennig, ein männliches aber 48 Pfennig zahlt, so trägt letzteres eben doppelt so hoch zu den vorstehend erwähnten Kosten bei, wie ersteres. In Stuttgart hat man also bezüglich der weiblichen Mitglieder nicht zu viel gesagt, sondern viel zu wenig. Verfehlt ist nur, daß vielfach die prozentuale Heranziehung der Beitragsgrenze gefordert und nicht das Verlangen gestellt wird, daß die Beiträge entsprechend den Gegenleistungen der Kasse auf die einzelnen Mitglieder festgesetzt werden dürfen. Die Notwendigkeit hierfür wollen wir zahlmäßig an einem Beispiel erbringen.

Es handelt sich um eine Orts-Krankenkasse mit einer Mitgliederzahl von durchschnittlich 5556 im Jahre 1900, davon waren 3511 = 62 Proz. männliche und 2145 = 38 Proz. weibliche Mitglieder. Von den Gesamtbeiträgen entfielen: auf die männlichen Mitglieder 74 Proz. weiblichen 26. Von der Gesamtausgabe entfielen: auf die männlichen Mitglieder 55 Proz. weiblichen 45. Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug bei den männlichen Mitgliedern 1093 mit 21 982 Krankengeldtagen und bei den weiblichen Mitgliedern 1002 mit 24 806 Krankengeldtagen (einschließlich 195 Wöchnerinnen-Unterstützungsfälle mit 5455 Tagen). Pro Unterstüßungsfall betrug die Unterstüßungsdauer bei den männlichen Mitgliedern 20 Tage weiblichen 25. Auf jedes der 3511 männlichen Mitglieder entfielen 6,3 Krankengeldtage und auf jedes der 2145 weiblichen Mitglieder 11,6 Tage. (Zu letzterem Fall einschließlich der Dauer der Wöchnerinnen-Unterstützung.) Von 100 männlichen Mitgliedern waren etwa 31, von 100 weiblichen Mitgliedern etwa 47 erwerbsunfähig krank. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an den Gesamtausgaben der Kasse betrug:

- 1. für Arzt und Arznei*) 21 385 M.
2. Krankengeld, Wöchnerinnen-Unterstützung und Krankenhäuspflege 21 890 „
3. Sterbegeld 190 „
4. Verwaltungskosten, sonstige Ausgaben**) 3 500 „
Witlin Gesamtausgabe f. d. weibl. Mitglieder 46 965 M.
Dieser Ausgabe von 46 965 M. steht gegenüber eine Einnahme an Beiträgen der weiblichen Mitglieder im Betrage von 28 750 M., so daß die weiblichen Mitglieder der Kasse einen Fehlbetrag von 18 215 M. verursacht haben. Zu diesem Betrage kommt indessen noch die anteilige Summe, welche dem Reservefonds hätte zugeführt werden müssen.

Es ergibt sich somit, daß die weiblichen Mitglieder diese Kasse im Jahre 1900 (und auch vorher) mit etwa 20 000 M. belastet haben, wofür dieselben keine Beiträge zahlen. Die Beiträge dieser Mitglieder betragen pro Woche 27 Pf., hätten aber, um das Defizit zu beseitigen, etwa 42 Pf. betragen müssen. Man wird zugeben, daß die prozentuale Bemessung der Beiträge unbillig und es daher gerechtfertigt ist, daß im neuen Krankenversicherungsgesetz eine gerechtere Grundlauge für die Bemessung der Beiträge geschaffen wird. Will man aber hiervon nicht abgehen, so ist es absolut notwendig, daß den Kassen das Recht eingeräumt wird, die weiblichen Mitglieder in besondere Gefahrenklassen mit entsprechend höheren Beiträgen zu versetzen. Die Notwendigkeit einer Änderung in diesem Sinne kann von allen Kassen mit Leichtigkeit statistisch nachgewiesen werden.

Wir bringen diese Zuschrift zum Abdruck, nicht, weil wir ihre Berechtigung als zutreffend anerkennen, sondern um zu zeigen, mit welcher Berechnungsweise Einzelheiten diese Fragen in den Praktiken oft beachtet werden. Zur Widerlegung diene folgendes: Erstens steht es durchaus nicht fest, daß die weiblichen Mitglieder den Arzt häufiger und länger in Anspruch nehmen wie die männlichen. Ganz im Gegenteil! Daß sie den Arzt nicht länger in Anspruch nehmen wie die männlichen, geht doch aus der von uns in Nummer 218 schon mitgeteilten Tatsache der geringeren Zahl von Krankengeldtagen hervor. Sie nehmen den Arzt auch nicht häufiger in Anspruch, wie die männlichen Mitglieder, denn sie erkranken auch seltener.

Im Durchschnitt der Jahre 1885/99 kamen bei den verschiedenen Kassen jährlich Erkrankungen vor:

Table with 6 columns: G.-K.-V., O.-K., Betriebsf., Kauf., Zimmger., Eingeschr. Landesr. Kasse. Rows show statistics for 100 male and 100 female members.

*) Bei Verteilung dieser Kosten auf die Krankengeldtage.
**) Bei Verteilung dieser Kosten auf den Kopf der Mitglieder.

Richtig ist allerdings, daß jede Inanspruchnahme des Arztes durch ein weibliches Mitglied der Kasse ebenso viel Kosten verursacht, wie die Inanspruchnahme durch ein männliches Mitglied, obgleich die weiblichen Mitglieder infolge geringerer Löhne geringere Beiträge zahlen; dasselbe trifft auch zu beim Gebrauch von Arzneien und auf die Beiträge zur Verwaltung und zum Reservefonds. Aber daraus die Behauptung herzuleiten, daß die weiblichen Mitglieder die Kassen am meisten belasten und damit die Forderung begründen, daß sie in besondere Gefahrenklassen mit besonderen Beiträgen eingestuft werden sollen, ist geradezu absurd und widerspricht vollständig dem Geiste der Solidarität, auf dem doch schließlich die Krankenversicherung aufgebaut ist. Denn dieses selbe Argument könnten ja alle Versicherten mit höheren Beiträgen gegenüber denen mit niedrigeren Beiträgen geltend machen. Der männliche Arbeiter mit 12 oder 15 M. Wochenlohn oder gar der jugendliche mit noch weniger Lohn leistet in einer allgemeinen Ortskasse zu den Kosten für Arzt und Arznei gleichfalls verhältnismäßig viel weniger wie der mit 24 M. Wochenlohn. Was auf die Frauen in dieser Hinsicht zutrifft, trifft auf alle schlechter bezahlten Arbeiter ohne Rücksicht auf das Geschlecht zu.

Die Wöchnerinnen-Unterstützung wird allerdings nur von Frauen in Anspruch genommen. Diese Unterstützung betrug im Durchschnitt aller Kassenarten, die solche überhaupt leisten, also unter Ausschluß des G.-K.-V. im Jahre 1899 auf ein weibliches Mitglied 1,50 M. Der höchste Satz wurde bei den Betriebskrankenkassen mit 2,24 M. pro weibliches Mitglied im Jahre 1899 erreicht. Das ist geringfügig, aber es mag zugegeben werden, daß dadurch die sonstige geringere Inanspruchnahme der Kassenmittel durch die weiblichen Mitglieder aufgewogen wird; aber wäre es gerecht, die Kosten des Kindergebärens den Frauen allein aufzubürden? Das ist eine Angelegenheit der Männer so gut wie der Frauen. Man kann sagen, es ist eine gesellschaftliche Angelegenheit und überhaupt nicht die Aufgabe der Krankenversicherung. Das ließe sich hören; aber so lange die Wöchnerinnenunterstützung im Rahmen der Krankenversicherung erledigt wird, ist das eine Sache aller Mitglieder und muß entschieden gegen das Verlangen protestiert werden, die Frauen des wegen in höhere Gefahrenklassen einzuschließen.

Doch in den Ortsklassen eine höhere Inanspruchnahme der Kassenmittel durch die Frauen zu konstatieren ist, haben wir in unserer Nr. 216 selbst hervorgehoben; aber wir haben auch darauf hingewiesen, daß das für die Erörterung der Frage nach der Inanspruchnahme der Kassen überhaupt nicht ausschlaggebend sein kann. Solcher ungleichen Belastung verschiedener Klassen etc. kann man durch organisatorische Maßregeln begegnen.

Welche Schwierigkeiten den österreichischen Arbeiterinnen in den Weg gelegt werden, wenn sie sich eine Organisation schaffen wollen, das schildert die „Arbeiterinnen-Zeitung“ recht anschaulich. Einige Genossinnen in Wien bemühen sich schon seit beinahe Jahresfrist um die Genehmigung der Statuten für einen „Allgemeinen Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“.

Quers wurde das Statut vom Ministerium zurückgewiesen, weil es den Vereinszweck nicht genügend erkennen lasse, obwohl darin angegeben war, daß der Verein die Organisation der Frauen, die Hebung ihres Wissens, die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bezwecke. Sodann hatte das Ministerium noch einen ganz besonderen Vorwand gefunden. Der Verein soll außer den ordentlichen (weiblichen) auch unterstützende (männliche) Mitglieder haben. Diese männlichen Mitglieder sollten zwar in den Vorstand gewählt werden, aber nicht selbst wählen können. Dabei sprach aber das Statut in dem Punkte, der von der Zusammenlegung des Vorstandes handelt, nur von einer Vorsteherin, Kassiererin, Schriftführerin etc. Da fand nun das hiesige Ministerium, das sich nicht denken konnte, wie aus einem in den Vorstand gewählten Manne eine Vorsteherin werden könne, daß die Rechte der Mitglieder nicht genügend klar bezeichnet seien.

Es wurde nun ein neuer Statutenentwurf eingereicht, der allen diesen Einwänden Rechnung trug. Es wurde genau angegeben, daß in den Versammlungen wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen veranstaltet werden sollten und ähnliches. Auch die Zustellung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ an die Mitglieder war als Zweck angegeben. Darin fand nun das Ministerium, abgesehen von der immer noch mangelnden Klarheit, die Verfolgung politischer Zwecke und verweigerte die Genehmigung abermals.

Die Genossinnen besitzen jedoch Ausdauer genug und wollen sich nicht werfen lassen. Sie werden ihren Zweck doch erreichen.

Die sozialistischen Frauen Belgiens beabsichtigen, vom 1. Oktober ab eine Zeitung für Frauen in französischer und flämischer Sprache herauszugeben, die sich in der Hauptsache mit dem Frauenstimmrecht beschäftigen soll. Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, besteht unter den Sozialdemokraten Belgiens eine Minorität, welche die Verleihung des Stimmrechtes an die Frauen zur Zeit bekämpft. Nicht, daß sie prinzipiell gegen das Frauenstimmrecht wäre, sondern sie glaubt nur, es im Interesse der proletarischen Bewegung nicht befürworten zu können, weil sie annimmt, daß der größte Teil der Frauen, beeinflusst von den Geistlichen, reaktionär wählen und somit den Fortschritt um Jahrzehnte aufhalten würde. Die Föderation der Frauen hat deshalb an die Leitung der Partei ein Schreiben gerichtet, in welchem sie sich über diese Haltung eines Teiles der Parteigenossen beschwert und in welchem sie die obigen Bedenken widerlegt; sie fordert mit Recht, daß die Partei, ihrem Programm gemäß, für die Gewährung des Stimmrechtes an die Frauen in Versammlungen und in der Presse rückhaltlos eintrete.

Versammlungen.

Ueber die Sozialdemokratie Oesterreichs

sprach am Montag Dr. Victor Adler-Wien in einer sehr stark besetzten Volksversammlung, die vom Vertrauensmann des letzten Wahlkreises nach dem „Eisler“ einberufen war. Von den Versammelten lebhaft begrüßt, wies Genosse Adler zunächst darauf hin, daß er zum erstenmal in Berlin in dem Wahlkreise spreche, den unser Genosse Wilhelm Viehbeck, der Vertrauensmann des gesamten internationalen Klassenbewußten Proletariats, vertreten hat und führte dann weiter aus, daß es von den österreichischen Genossen sehr unangenehm empfunden wird, daß im Auslande und auch in der deutschen Sozialdemokratie zu wenig Interesse für die österreichischen Verhältnisse vorhanden ist. Der Redner entrollte hierauf ein vorzügliches Bild von der Entwicklung der Sozialdemokratie in Oesterreich und von ihren Kämpfen, die sie seit den sechziger Jahren zu bestehen hatte. Er schilderte in humorvoller Weise, durch stürmischen Beifall oftmals unterbrochen, wie es unsere Genossen verstanden haben, sich den sonderbaren, fortgesetzt veränderten Verhältnissen anzupassen und ihre Tätigkeit nach den jeweiligen Umständen einzurichten. Leicht war das allerdings nicht. In Deutschland ist ein harter Boden, hier weiß man, was man thun darf, hier kann man seine Maßnahmen danach treffen. In Oesterreich aber ist überall Sumpfboden und die Sozialdemokratie hat nicht nur die Aufgabe, die Arbeiter, sondern auch die Behörden über die gerade bestehenden Gesetze aufzuklären. Ist es doch vorgekommen, allerdings in Salzburg, daß ein Staatsanwalt noch nach Jahren nicht gewußt hat, daß ein Vereinsgesetz besteht. In Oesterreich herrscht ein chronisches Sozialistengesetz, das man immer angewendet hat, wenn man es gerade wollte, und als im Jahre 1884 der Ausnahmezustand formell eintret, unterschied sich derselbe gegenüber dem „normalen“ Zustand namentlich dadurch, daß früher alle Versammlungen auf Grund des Vereinsgesetzes, nunmehr aber auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten wurden. Die Zeiten waren für die Sozialdemo-

kratie in Oesterreich viel schlimmer als in Deutschland und doch haben die gegen die Genossen verübten Brutalitäten und die schlimmsten Verfolgungen der Partei schließlich doch nur genügt, denn mit der früheren Spaltung war es vorbei, unter den schwierigsten Verhältnissen wurde eine geheime Organisation gegründet und der Kongress in Gaisfeld im Jahre 1888 hat ein vollständiges Einheitsprogramm geschaffen. Genosse Adler verwies darauf, daß er dann als Redacteur der „Gleichheit“ auf vier Monate eingesperrt wurde und zwar als Anarchist, und führte an, daß er wahrheitsgemäß auch in Deutschland eingesperrt worden wäre, vielleicht sogar auf noch längere Zeit, aber doch als Sozialdemokrat, denn hier herrscht nach seiner Meinung wenigstens Ordnung. Nach der großartigen Maidemonstration der Arbeiterklasse im Jahre 1890, die das ganze Wohlstertum in Angst und Schrecken versetzt hat, ist der Ausnahmezustand aufgehoben worden und schließlich hat die Arbeiterklasse auch ein Wahlrecht bekommen; aber es ist auch danach! Das liberale Bürgerthum hat sich mit den größten Feinden des Liberalismus koalitiert, um die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten und es ist ein Wahlgesez zu stande gekommen, daß, wenn Bismarck es gefaßt hätte, er nicht behauptet haben würde, daß das Landtagswahlrecht in Preußen das elendeste aller Wahlsysteme sei. Trotzdem hat die österreichische Sozialdemokratie mit diesem Wahlrecht, das ihr erst eine richtige Organisation ermöglichte, großartige Erfolge erzielt. In ausführender Weise beleuchtete Genosse Adler die gegenwärtigen verlotterten und korruptierten politischen Zustände in Oesterreich, die Zerstückelung der bürgerlichen Parteien und den von diesen noch mehr geschürten Nationalitätenhader, von dem die bürgerlichen Politiker leben. Aber man darf sich auch nicht täuschen, denn thaffächlich bestehen bedeutende nationale Gegensätze, und will ein Staat wie Oesterreich nicht ebrliche Demokratie, so wird und muß er zu Grunde gehen. In der Sozialdemokratie herrscht vollständige Autonomie und ist den einzelnen Nationen weitgehende Rechnung getragen. Den Gesamt-Parteitagen ist es vorbehalten, das Programm und die Grundlagen festzustellen, den Nationalitäten aber, die ihre Sonder-Parteitagen abhalten, bleiben alle möglichen Freiheiten. Ueber die Gewerkschaften berichtete der Redner, daß diese von der Partei weder räumlich noch persönlich getrennt und daß jeder Sozialdemokrat verpflichtet ist, der Gewerkschaft anzugehören. Andererseits wird von den Genossen verbreitet, daß jeder Gewerkschafter ein Feind ist, der sich nicht der sozialdemokratischen Partei anschließt. Es besteht zwischen Partei und Gewerkschaften keinerlei Konflikte. Aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich ist eine Ueberschätzung über die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften vorhanden und dabei ist zu befürchten, daß schon in einigen Jahren, wenn die Krise andauert, der Zusammenbruch erfolgt und nichts übrig bleibt als das, was sie mit der Sozialdemokratie gemeinam errungen haben. Genosse Adler führte dann noch an, daß die wunderbare Grobheit und die Rücksichtslosigkeit, mit der man sich auf dem Parteitag in Läden die Wahrheit gelagt habe, geradezu beneidenswert und nur bei einer so starken Partei, wie es die deutsche Sozialdemokratie ist, möglich sei. Auf dem deutschen Parteitag in Oesterreich gehe es ja auch grob zu, aber auf dem Gesamt-Parteitag müsse man sehr höflich sein, weil das nationale Empfinden sehr leicht verletzt werden kann. Die politische Mäßigkeit und die nationalen Schwierigkeiten stellen der Sozialdemokratie in Oesterreich aber auch so viele Aufgaben, daß sie sich auf theoretische Streitigkeiten nicht einlassen kann, zumal die Genossen auf sich selbst angewiesen sind und nicht so wie in Deutschland die Gegner ein großes Stück Arbeit für sie verrichten. Die Aufforderung Adlers, die österreichische Bewegung mit Sympathie zu verfolgen, dürfte ihre Wirkung bei den Versammelten, die seinem interessanten Vortrage mit größtem Interesse gefolgt sind, nicht verfehlt haben.

Nach dem Vortrage sprach der Vertreter des Kreises, Genosse Ledebour, der gleichfalls von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde. Ledebour betonte die Gemeinsamkeit der Gewerkschaften und der Partei, die zusammengehörten wie die Kopf- und Seitenflügel bei den Vögeln, die getrennt wertlos wären. Auf dem letzten Parteitag sei die Accordmaurerfrage erledigt worden, aber durch die nachträgliche Annahme der Resolution Vernein, die niemand ernst genommen hätte und die gar nicht diskutiert worden sei, werden die Genossen, in dem Fall, daß die Resolution praktisch durchgeführt werden soll, von neuem in eine schlimme Lage kommen. Solche von Adler erwähnte Fehlschlüsse in Deutschland schon sehr viele und in jeder Weise werde darauf hingearbeitet, daß sie sich noch vermehren. Daß diese zweideutigen Fehlschlüsse verringert werden, dafür muß von den Genossen gefordert werden. Der Redner führte dann weiter aus, daß ein Zusammenarbeiten mit den Polen unbedingt notwendig sei. Wenn die Polen zu Sozialdemokraten erzogen werden sollen, so können sie nicht zu deutschen, sondern nur zu polnischen Sozialdemokraten erzogen werden. Durch den Zwist werde nicht nur die polnische, sondern die Gesamtpartei geschädigt. Die deutsche Sozialdemokratie habe keine Erfahrungen auf diesem Gebiete und deshalb sei es so leicht, mit einigen Schlagworten von der Internationalität diese Frage abzumachen. Er werde sich der Aufgabe widmen und die polnische Frage eingehend weiter behandeln. Die Ausführungen des Redners wurden sehr beifällig aufgenommen. — Nachdem ein polnischer Parteigenosse darauf hingewiesen, daß von den bürgerlichen Parteien und ihrer Presse die gegenwärtigen Streitigkeiten sehr ausgehult und die Agitation für die Sozialdemokratie sehr erschwert sei, nahm Genosse Adler nochmals das Wort und ersuchte, sich durch das Geschreibsel der bürgerlichen Presse in keiner Weise beeinflussen zu lassen. In Deutschland liege die Sache denn doch anders wie in Oesterreich. Hier sei eine polnische Partei auf Beschluß eines Teiles von Genossen einseitig gegründet worden. In Oesterreich ist die polnische Partei von einer Nation im Einverständnis mit der Gesamtpartei gebildet worden. Zweifellos werde die deutsche Sozialdemokratie schon den richtigen Weg zu einer befriedigenden Lösung finden, notwendig ist es aber auch, daß die Polen vorurteilsfrei die Frage behandeln. Der Redner berichtete dann zum Schluß, um wie er sagte event. Anfragen zu begegnen, unter stürmischer Heiterkeit: Der Kueger lebt noch, aber so gut geht es ihm nicht mehr, wie es ihm früher ergangen ist.

Nachdem der Vorsitzende Genosse Hingy darauf hingewiesen, daß auch der deutschen Sozialdemokratie schwere Kämpfe bevorstehen und sie jetzt mit allen Mitteln den Vortrueger, den Raubzug auf die Tischen der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren hat, und nachdem er zum festen Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und auf den Genossen Dr. Adler.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein in Chaudau. Aus dem Bericht, der uns über die außerordentliche Generalversammlung zugeht, sind mit Rücksicht auf den Raum unseres Blattes einige Stellen gefürchten worden, darunter auch ein Satz, auf dessen Wiederholung — wie uns mitgeteilt wird — die Spandauer Parteigenossen besonderen Wert legen. Der Satz lautet:

„Grundsätzlich aber geben die Umstände, unter denen Durch das frühere Kundensche Grundstück, welches ursprünglich für die Zwecke der Partei bestimmt gewesen war, von der Bicheldorfer Brauerei erworben hat, die Veranlassung, daß gegen ihn jetzt seitens der Parteileitung vorgegangen wurde usw.“

Centralverband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin) Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bauer, Koenigsplatz 57: Gäste willkommen.

Warenhaus A. Wertheim

Mittwoch, Donnerstag, Freitag *soweit der Vorrat reicht:*

Wollene Kleiderstoffe

Homespun Mtr. 1.15, 1.70, 2.35 Mk.
Himalaya gestreift, Mtr. 1.30, 2.25 Mk.
Reinw. Cheviot Mtr. 90 Pf., 1.35, 1.70 Mk.
„ Krepps Mtr. 88 Pf., 1.05, 1.65 Mk.
Damentuche Mtr. 1.30, 1.55 Mk.
„ „ große Breite Mtr. 1.95, 2.40 Mk.
Zibeline-Tuch Mtr. 1.45 Mk.

Blusen- und Hauskleiderstoffe

Gestr. Blusenstoffe Mtr. 1.35 u. 1.55 Mk.
Blusenflanelle Mtr. 1.40 Mk.
Lawn-tennis-Stoffe Mtr. 1.55 Mk.
Velour-Parchend Mtr. 36, 42, 58 Pf.
Melierte Hauskleiderstoffe Mtr. 82 Pf.
Halbtuche starkes Köpergewebe Mtr. 85 Pf.
Himalaya reinw., schwere Qualität Mtr. 2.35 Mk.

Sammet und Seidenstoffe

Seidenstoffe farbig damass. Mtr. 2.15 u. 2.65 Mk.
Gestreift. Taffete Mtr. 1.70 u. 2.40 Mk.
Louisine chiné Mtr. 3.25 u. 4.35 Mk.
Blusensammete Mtr. 1.15 u. 1.45 Mk.
Gestreifte Blusen-Taffete Mtr. 1.50 Mk.

Blusenhemden

Sammetflanel Vorderteil, Kragen und Manschette m. Säumchen 3.75 Mk.
Woll. Tuchstoff Blenden mit schwarz-weißem Besatz 4.75 Mk.
Reinseid. Taffet mit Säumchen und bestickt, farbig und schwarz 11.50 Mk.

Jackett-Kostüme

Homespun mit Volant-Rock 20.50 u. 28.50 Mk.

Kostümröcke

Cheviot ganz gefüttert 5.75, mit Volant 13.25 Mk.

Jupons

Zanella mit Silberdruck, gefüttert 2.85 Mk.
Woll. Tuchstoff Volant m. schwarz-weißem Besatz 3.85 Mk.
Moiré Volant m. schwarz-weißem Besatz und kleinem Volant 4.85 Mk.

Capes

Golf-Cape glatt 8.25 Mk.
„ kariert, mit Stoffblenden 10.25 Mk.

Jacketts

Jacketts gefüttert, m. Tresse garn. 12.25 Mk.
Homespun-Paletot mit Tresse garniert, gefüttert. 13.75 Mk.

Damen-Glacé-Handschuhe

Glacé m 3 Perlmutterkn., silbergrau, weiss m. bunt 1.80 | Glacé farbig mit Aufnaht, m. Druckverschluss 1.25 | Glacé mit Druckverschl., farbig mit Aufnaht 1.55 | Ziegenleder mit 3 Perlmutterknöpfen 2.15

Gr. Meissner Geld-Lotterie.
Ziehung bestimmt 26. Oktober bis 2. Novbr. d. J.
13160 Geldgewinne und 1 Prämie, zusammen
375 000 Mark baar.
Die Hauptgewinne sind im glücklichsten Fall
ev. 100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. etc.
Original-Lose a 3 M. (Porto und Liste 30 Pf.
extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme.
Coupons und Briefmarken [2462L*]
Neubauer & Co. Bank-Geschäft Berlin W.,
Friedrichstrasse 198/199,
Ecke Krausenstr.
Telegr.-Adr.: Millionenecke.

Patzenhofer Marine-Bräu,
ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. [2345L*]
Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.-
1/2 To. M. 3.25
1 To. M. 2.65
Patzenhofer Brauerei
No., Landsberger Allee 24/27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Ausverkauf
a. d. Schlesinger'schen Konkursmasse
Erste Berliner Patent-Schlafmöbelfabrik
Spandauer Straße 48, am Wolfenmarkt.
Patent-Sofas, ein- u. zweischläfrig, Bett-Stühle, Bett-Chaiselongue, Metallbettstellen mit Matratzen sowie komplette Betten
sollen zum billigsten Preise
verkauft werden. Der Verkauf findet statt
vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-8 Uhr. [2387L*]

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

Honig! Garant. unverfälscht.
Bienenhonig verpackt
9 Pfd. netto zu 6,50 RM, 5 Pfd. netto
4 RM. Warat. fr. Rhdn.
E. Reil, Nordloh,
Bahnhof Augustfehn,
Oldenburg. [2464L*]

Cigarren billige Bezugsquelle für Händler, Restaurateure etc. Preisliste franco. [2303L*]
H. Pruss, N., Swinemünderstr. 66 I. Fabriklager.

Möbel Engl. Garten.
Alexanderstraße 27 c.
Säle im November, sowie der
Totenfeier und 1. 2. Weihnachtst-
feierzeit zu Festlichkeiten noch zu
vergeben. [2200L*]
Dr. Schönemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2 12-1/2, 1/2 1-1/2.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restauration zum Inventarpreise
zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders,
Eckenerstraße 8, parterre.
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. [137*]
Vorjährige elegante Herren-Winter-
paletots und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Versandhaus
Germania, Unter den Linden 21, II.
Ein schwarzer Rockanzug, gut
erhalten, billig zu verkaufen. Franz,
Marstraße 13b II. [767*]
Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 65 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Gutfabrik, Compitoir
Kaiserstraße 25A, früher Born-
straße 4 und 5. [808R*]
Teppiche, Gardinen, Hemdportier-
waren, Operngläser, Winterpaletots
spottbillig Versandhaus Alexanderstraße 8.
Betten, Strohbetten, Regulatorien,
Bettstellen spottbillig Versandhaus
Alexanderstraße 8. [7610*]
Große Betten, 11 Mark an, edel-
stimmige Rahmenbänne, dunkel
1.90. Fabriklager Landsberger Allee
37, I. [842R*]
Milchgeschäfts-Einrichtungen, als
Milchfäße, Milchkannen, Milchschere etc.
billig bei Jordan, kleine Mark-
straße 28. [804R*]

Sofas, Spinden, Tische, Stühle,
Küchenschrank, neu, aber billig. [801R*]
Tennistennis-Rubellabrit, Oranien-
straße 173, am Oranienplatz. Wenn
Sie gute und gebiegene Möbel billig
kaufen wollen, so besichtigen Sie meine
bedeutenden Lagerräume, denn ich
habe schon geschmackvolle Einrichtung
von 200-300, elegante 400 bis 5000,
zum Beispiel Büschelstühle, Vertikals
45,00, Herrenschreibtisch 60,00, e-
legantes Buffet 150,00, Ruhebett 30,00,
Ruheliege 45,00, Tischstühle
80,00, Truhen 45,00, Spiegelstühle
28,00, verleihe und zurückgele-
te Möbel billig. Auch Teilzahlung.
Möbel, Gelegenheits- Garten-
straße 148 I links. Sofa 12,00, e-
legantes Büschelsofa 50,00, Büschel-
stühle 10,00, Truhen 30,00, Kleider-
stühle, Vertikals, Teppich, Designe-
3,00, Ruheliege, ganze Ruheliege-
Einrichtung, spottbillig. [1136*]
Teppiche mit Farbenflecken,
Fabriküberläge Große Frankfurter-
straße 9, parterre. [137*]
Kinderwagen, Sportwagen,
Nischenwagen, Bazar Baby, Kno-
chenwagen 160, Frankfurterstraße 115,
Oranienstraße 31, Belle Alliance-
straße 107, Reinoldenstraße 24, o.
Charlottenburg, Wilmersdorferstraße
31, 55. Teilzahlung gestattet. [722R*]
Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstraße 43, Hof Keller. [8576*]

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00
Lieferung nach allen Stadtteilen so-
fort. Landbergerstraße 82. [760*]
Möbelverkauf, neue und ge-
brauchte. Römer, Schönhaferstraße 81.
Kronen für Gas und Petroleum,
sowie Gastocher, Teilzahlung, em-
pfehle Wäcker, Frankfurterstraße 92.
Transparent, 60 Centimeter, für
Restaurateure, billig, Feilnerstraße 15,
Cigarrenladen. [773R*]
Gänge, frisch geschlachtet, werden
auf dem Centralviehhof zum Verkauf
Elbenstraße, vis-a-vis Hel-
debrandstr. 11. Bettfedern-
Verkauf. [874b*]
Strohbetten billig Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, parterre. [137*]
Nähmaschinen, sämtliche be-
stehende. Ohne Anzahlung, wochen-
lich 1,00, fünfjährige Garantie. Turm-
straße 39, 2. Gesch. Bernauer-
straße 47b. [862R*]
Blüschsofa, billig, Palm, Marian-
nenstraße 5, [887b*]

Patentanwalt Damman, No-
rdplatz 57, Auskunft bis abends
neun. [767R*]
Unfallfassen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Siegel-
straße 65. [140b*]
Kunststofferei von Frau Kolodis,
Steinwegstraße 48, Duergebäude hoch-
parterre. [720R*]
Kugelnabrad, Köpferstraße 60
Haber jeder Art für sämtliche Kranen-
lassen. [720R*]
Achtung! Empfehle meine Restau-
ration zur freundlichen Benutzung.
Vereinshaus mit Piano noch
zwei Tage in der Woche frei. Paul
Kobus, Andrastraße 33 [805R*]
Vereinshaus, geräumig, Bierkon-
straße 23. [845R*]
Vereinshaus mit Piano zu
vergeben, passend für Jagdhütte.
Kubold, Kurzer, Raumstraße 86. *
Rechtsbüreau, Rechtsanw., Mater-
erziehung, Eingabengeld, Andra-
straße dreizehn. [895R*]
Musikinstrumenten, die das Musi-
cieren nicht geschäftlich betreiben,
finden jederzeit Aufnahme in einem
Waldorfscher. Sitzung jeden Don-
nerstagabend 9 Uhr bei Vorhard,
Köpenickerstraße 158. [893b*]
Garsfarbmittel, unbedenklich,
Uebergangsgeld der fünfzig Pfennig-
Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Suche für meinen Sohn, 2 Jahre
gealtert, bessere Schloßerei, eine
Vehschleife, Stück, Forsterstraße 18,
Duergebäude 2 Treppen. [711*]
Stellenangebote.
Farbmalger verlangt, Hoff,
Dietrichstraße 33. [892b*]
Einbaltierer, gewandt, zuverlässig,
welcher das Zusammenstellen von
Kommissionen versteht, dauernde
Stellung, Berg, Chausseestraße 82.
Klempner, nur solche, die schon
auf Blechdächern gearbeitet, sucht
Spezialer Nachfolger, Aktien-Gesellschaft,
Bismarckstraße 107/108.
Kartographin, grübe, ver-
langt Anders Nachfolger, Adalbert-
straße 7. [888b*]
Arbeiterinnen, welche schon auf
elektrische Glühlampen gearbeitet
haben, finden dauernde und gut be-
zahlte Stellung bei der Deutschen
Gasglühlampen-Fabrik, Woll-
markt 4. Persönliche Meldungen
moderns nachmittags zwischen 7 und
8 Uhr. [864R*]

Vermischte Anzeigen.
Volkfänger-Gesellschaft Veran-
dowitsch, Stangenstraße 4. [177*]
Rechtsbüreau, Teilzahlung, für
Kaufverträge, Eingabengeld, Re-
erstellung. [817R*]

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zum Organisationsstreit im 6. Wahlkreis

erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Volksversammlung, die am Freitag, den 27. September, in der Schönhauser Vorstadt die Gründung einer Sonderorganisation beschlossen hat, kam ein von mir aus Lübeck abgeandertes Protest-Telegramm zur Verlesung. In der Versammlung wurde dann ausgesprochen, daß das Telegramm gar nicht von mir herrühre, sondern, wie einer der Redner es ausdrückte, „eine Nachschicht der das Geiß in Händen habenden Personen“ sei. Da derartige Behauptungen den gewünschten Eindruck in der Versammlung gemacht haben, bin ich zu folgender Erklärung genötigt:

In die Verhandlungen betreffs einer Reorganisation des Wahlkreises spielten von Anfang an persönliche Momente hinein, die es mir geboten erscheinen ließen, mich gar nicht an den Auseinandersetzungen zu beteiligen und dann selbstverständlich diejenige Organisation anzuerkennen, die nach den eingehenden Beratungen durch Beschluß der Generalversammlung maßgebend für die Parteigenossen des Kreises geworden sein würde.

Erst als die Genossen der Schönhauser Vorstadt gelegentlich der Stellungnahme zu einzelnen Bestimmungen des Kommissionsentwurfs eine Resolution angenommen hatten, in der für den Fall, daß das Statut nicht nach ihren Wünschen ausfallen sollte, „weitere Maßnahmen“ angekündigt wurden, ging ich in eine Generalversammlung der Volkshämmer, um dort vor einer Sonderkommission zu warnen.

Als nun in jener Generalversammlung der Genosse Kiesel die Befestigung ausgesprochen hatte, daß eine Sonderorganisation geplant werde, erklärte der Genosse Dorgmann, er und seine Freunde dächten absolut nicht an so etwas, sie seien „über solche Kinderereien hinaus“.

Diese Erklärung beruhigte mich vollkommen, da sie schon durch ihren Wortlaut den Eindruck machte, daß nicht nur für den Augenblick, sondern überhaupt es ganz undenkbar sei, daß wegen einer Organisationsstreitigkeit die Genossen der Schönhauser Vorstadt jemals an die Gründung einer Sonderorganisation gehen würden.

Um so mehr war ich überrascht, als ich in Lübeck am Freitag, den 27. September, durch einen Brief des Vorsitzenden des Wahlkreises, Genossen F. H. v. W., erfuhr, daß zu dem nämlichen Abend in der Schönhauser Vorstadt eine Versammlung einberufen sei, in der die Gründung einer Sonderorganisation für die Vorstadt beabsichtigt werde.

Ich stelle hiermit ausdrücklich fest, daß ich von keinem einzigen der Urheber dieser Veranstaltung über ihren Plan in Kenntnis gesetzt worden bin, und daß die Einberufung der Versammlung zu einem Tage erfolgte, an dem nicht nur ich, sondern auch einige andere bei der Beratung des Organisationsentwurfs hervorragend beteiligte Genossen auf dem Parteitage in Lübeck anwesend sein mußten.

Ich bin nun der Überzeugung, daß mir die durch langwierige Meinungsstürme gestiegene Erregung der Leidenschaften die Genossen der Schönhauser Vorstadt zu einem so parteischädlichen Schritt verleiten können. Ich habe aber auch das Vertrauen zu ihrer Einsicht und ihrem Solidaritätsgedanken, daß es uns durch eine eingehende Auseinandersetzung gelingen wird, zu einer Verständigung und zu einer Beilegung des unheilvollen Zwistes zu kommen, und richte deshalb die dringende Aufforderung an die dissentierenden Genossen, dazu die Gelegenheit zu geben.

Berlin, den 1. Oktober 1901.

Georg Ledebour.

Tokales.

Der Reumehr-Ladenschluß

Ist jetzt ein Jahr in Kraft. Die Geschäftswelt hat sich mit dieser im sozialen Interesse so notwendigen Einrichtung durchaus zurecht gefunden, und wir glauben, daß eine Umfrage in Unternehmungskreisen, ob der barbarische Zustand von früher wieder eingeführt werden solle, durchweg auf ein ebenso entschiedenes „Nein“ stoßen wird, wie etwa eine Anfrage wegen Aufhebung der Sonntagsruhe. Und doch prophezeiten manche der in Betracht kommenden Geschäftsinhaber bei der Einführung des Reumehr-Ladenschlusses so etwas wie den Untergang der Welt, und die Presse — die liberale natürlich — war vor Jahresfrist ob der Reuerung ganz aus dem Häuschen. Späthast liegt es sich, wie die „Voss. Ztg.“ damals schrieb: „Es wird also dem Hausherrn und seinen Gästen nichts übrig bleiben als zu hungern und zu dursten, will er nicht mitsamt der ganzen Gesellschaft die Kueipe aussuchen.“ Auch von den schlimmsten Wirkungen, die der Reumehr-Ladenschluß auf die Moral der Handlungsgehilfen ausübe, wußte die liberale Presse viel Schauerliches zu melden. Die „Magd. Ztg.“ brachte eine Korrespondenz aus Berlin, worin es hieß, daß in den Restaurants mit Damenbedienung aus Anlaß der Reuerung alle Tische besetzt gewesen wären, die Kassierinnen hätten nicht genug Bier und Schnäpse herbeischleppen können und die Tingeltangel wären bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen. Die Wadler hätten illuminiert. Während dies Blatt aus Anlaß des Reumehr-Ladenschlusses so gewissermaßen den berühmten Champagnertrinkenden Bauer der siebziger Jahre wieder auferwecken ließ, forderten andre Zeitungen die Behörden zu Ungehelichkeiten auf, indem sie in der Art eines rheinischen Blattes schrieben, die Polizei werde nach neun Uhr höfentlich Augen rechts nehmen, wenn linker Hand ein Laden sei. Durch derartige Aufreizungen wurden natürlich auch die Unternehmer wild gemacht, und so ist es erklärlich, daß z. B. ein Direktor Max Düsing von den Vereinten Pommerischen Meierien hier selbst in einem Zirkular an die Geschäftswelt die Frage anregte, ob den Verkäuferinnen, für die doch das Ausnahmengesetz gegen das Gefinde nicht gilt, nicht ein Ausgang nach neun Uhr zu versagen sei; es sollte also die Freiheitsberaubung gewissermaßen zum Prinzip erhoben werden.

Diese Erinnerungen an die Einführung des Reumehr-Ladenschlusses zeigen klar, wie wenig Wert bei Enquêtes über soziale Verbesserungen gerade den Meinungsäußerungen des Unternehmertums beizulegen ist. Hoffentlich ermahnen die Handlungsgehilfen und -Geschäftsinhaber nicht in der Agitation für Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. Die große Masse der Bevölkerung, die Arbeiterschaft haben sie dabei auf ihrer Seite.

Der Milchkrieg dürfte seine Wirkungen erst heute voll ausüben, da die gestern früh in Berlin eingetroffene Milch noch unter dem alten, mit dem vorgestrigen Tage abgelassenen Verträgen geliefert ist. Eine Folge des Milchkrieges dürfte jedenfalls eine verstärkte Milchzufuhr auf dem Anhalter, Götlicher und Kremmener Bahnhof sein, während der Stettiner und Lehrter Bahnhof eine schwächere Zufuhr aufweisen und das auf dem Nordbahnhof ein treffendes Quantum eine Reuerung nicht erfahren dürfte. Die Bahnhöfe und die sechs Verkaufsstellen der Centrale wurden von den Milchhändlern überwacht, um festzustellen, ob Milchpächter oder -Händler Produkte von dem Ringe beziehen. Einen wesentlichen Nutzen aus dem Kampfe ziehen die Milchbauern aus den Vororten, welche allmorgendlich mit Plamwagen nach Berlin kommen. Dieselben haben eine deutliche Vergrößerung ihres Absatzgebietes gefunden, daß viele eine Vergrößerung ihres Rindviehbestandes vorgenommen haben.

Inzwischen wird die Fahnenflucht im Lager der Agrarier immer allgemeiner. Nachdem schon früher gemeldet worden war, daß einzelne hervorragende Agrarier ihren Separatfrieden mit den Berliner Milchhändlern auf der Grundlage geheimer Nebenverträge schließen, haben neuerdings bäuerliche Milchgenossenschaften das einfachste Mittel gewählt, um dem Druck der Ring-Milch-Centrale auszuweichen; sie haben nämlich kurzerhand ihre Auflösung beschlossen und lassen ihre Mitglieder als Privatpersonen die Verträge mit den Berliner Milchhändlern abschließen. Andre Genossenschaften geben ihre Milch an einen im Dorfe wohnenden Bauern ab, der nicht der Milch-Centrale beigetreten ist, und regen sich gar nicht darüber auf, daß dieser zu den Bedingungen der Berliner Milchhändler abschließt.

Der Beginn des Milchkrieges wird übrigens von der „Deutschen Tageszeitung“ mit der Erklärung begleitet, daß die märkischen Landwirte den Kampf nicht gewollt hätten, sondern in ihn hineingedrängt worden seien. Wenn wir nicht wüßten, wie lässlich dem „Milchbauern“ und ihren Wortführern in diesem Augenblick des offenen Ausbruchs der Feindseligkeiten zu Mute ist, dann möchten wir beinahe annehmen, daß das Agrarierblatt spähen will. Nun sollen die märkischen „Milchbauern“ in den Kampf, den sie in ihrer Profitlust leichtfertig herausgeschworen haben, mit einem Male „hineingedrängt“ worden sein! Kommt denn die „Deutsche Tageszeitung“ nicht jenes vertrauliche Zirkular, in dem der „Milchbauern“-Führer Oberamtmann Ring ausrief, daß für weitere Kämpfe viel gewonnen sei, wenn der Berliner Milchkrieg für die Landwirte siegreich ende? Das ist doch nicht die Sprache eines Mannes, der sich in einen Kampf „hineindrängen“ läßt!

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, der Kampf müsse nun mit allen Mitteln durchgeführt werden. Dieselbe Mahnung richten wir an die Hausfrauen Berlins und der Vororte.

Rein Tropfen Ringmilch!

Boikottierung der Milchcentrale und der zu ihr haltenden Händler!

Dann wird der Ansturm der agrarischen Milchvertreter siegreich zurückgeschlagen werden!

Kommanditgesellschaft für Kontinuentbetrieb nennt sich seit etwa Monatsfrist ein Unternehmen, das unter seinem früheren Titel „Offiziersvereinigung für Kontinentverwaltung“ in verschiedenen deutliche Spuren ihrer Wirksamkeit hinterlassen hat. Diese Gesellschaft, zu der jetzt ein Lieutenant a. D. Edgar Scholz, früher auch der Hauptmann a. D. Winger und der Lieutenant a. D. der Landwehr Siegfried gehören, übernimmt von den Militärbehörden den Vertrieb von Kontinenten und zugleich die Lieferung der Waren für diese. Zur Verwaltung der Unternehmen werden von der Gesellschaft mit Vorliebe, man kann wohl sagen ausnahmslos, Leute eingeweiht, welche in der Lage sind, Kontinenten in Höhe von 1500—3000 Mk. stellen zu können. Diese Verwalter haben sämtliche Waren von der „Firma“ beziehen müssen. Im April d. J. wurden nun ganz plötzlich fünf dieser Verwalter in Krossen, Kolberg, Spandau und Schwerin aus wichtigen Ursachen entlassen; sie sind trotz mehrmaliger Aufforderung bis heute noch nicht in den Besitz der gestellten Kontinenten gelangt, die in diesen Fällen 10 500 Mk. betragen. Außerdem aber wurden diese Personen auch um ganz erhebliche Summen für Gehälter geschädigt. Die Leute sind noch insofern äbel dran, als der Leiter der Gesellschaft, Scholz, Verndurgerstraße, Chambrégarnist ist. Daß die Militärbehörde mit solchen Personen in Geschäftsverbindung tritt, hat wohl nur darin seinen Grund, daß ihr die mitgeteilten Thatsachen nicht bekannt sind. Hoffentlich verhilft die Behörde den Geschädigten zu ihrem Rechte, noch ehe der Staatsanwalt, dem diese Angelegenheit unterbreitet ist, sich der schuldigen Personen verschert.

Leute, welche etwa Reizung haben sollten, der genannten Gesellschaft ins Garn zu laufen, mögen sich durch unsere Mitteilungen gewarnt sein lassen.

Die Stadtverordneten-Wahlen finden voraussichtlich in der ersten Woche des November und zwar die in der III. Abteilung am Mittwoch, den 6., die in der II. Abteilung am Freitag, den 8., und die in der I. Abteilung am Sonnabend, den 9. November statt. In der III. Abteilung kann von früh 9 Uhr bis abends 8 Uhr gewählt werden, in den übrigen Abteilungen findet ein früherer Schluß des Wahlaktes statt.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 8. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Vorlagen, betreffend die Annahme der testamentarischen Zuwendungen des verstorbenen Rentiers Julius Korte, — die Erwerbung der zur Verbreiterung der Alexanderstraße erforderlichen Flächen der Grundstücke Alexanderstraße 12 und 12a im Enteignungsverfahren, — die Erwerbung der zur Freilegung der Vorlagenerstraße zwischen Franzfurter Allee und Warschauerstraße erforderlichen Terrains, — der Ankauf des fortifikationsterrains an der Obersee im Ortsbezirk Köpenick-Horst für Gasanstaltswerte, — die Führung einer Straßenbahnlinie im Zuge der Neustädtischen Kirchstraße über die Straße Unter den Linden, — die Fortführung des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses.

Wie man uns behandelt.

Im „grünen Wagen“ wurde unser Kollege John transportiert, der gestern nach viermonatlicher Gefängnishaft die Strafanstalt in Zehlendorf verlassen hat, wo er wegen eines Preisvergehens Aufenthalt nehmen mußte. Zwischen dem Strafgefängnis Zehlendorf und dem Polizeipräsidium verkehrt ein sogenannter Zellenwagen, mit dem die in Zehlendorf entlassenen Häftlinge nach Berlin gebracht und erst hier im Palais am Alexanderplatz entlassen werden. Wenn diese Anordnung überhaupt einen Sinn haben soll, so hat sie den, daß die Umgebung des einsam gelegenen Gefängnisses und die ihm zunächst gelegenen Ortschaften und Stadtteile von einer Ueberfüllung mit zweifelhaften Elementen freigehalten werde. Für die wegen sogen. politischer Vergehen verurteilten Personen kommen solche Bedenken ja nicht in Betracht und ihr Transport mit dem Zellenwagen ist also (abgesehen von dem diesem Gefährt anhaftenden Odium) auch überflüssig. Unser Kollege stellte deshalb bei der Gefängnisverwaltung den Antrag, von der Fahrt im „grünen Wagen“ entbunden und eventuell in Zehlendorf direkt entlassen zu werden. Dieser Antrag wurde von ihm im Laufe des Freitags gestellt, aber von der Verwaltung abgelehnt, wovon er am Sonnabendabend unterrichtet wurde. John hat nun seine Frau, nach gegebener Erlaubnis zum Briefschreiben, ihn am Alexanderplatz bei seiner Entlassung zu erwarten. In dem Briefe bedauerte er unter Anerkennung der sonst ihm zu teil gewordenen Behandlung, daß man ihn trotz seiner Bitte zu der beschimpfenden Fahrt im Zellenwagen zwingen wolle und betonte, daß er selbstverständlich nach seiner Entlassung geeignete Schritte unternehmen werde. Ogleich dieser Brief wie gesagt eine Anerkennung der Verwaltung nach anderer Richtung enthält und in ruhigem, sachlichstem Stil gehalten war, wurde er beanstandet und der Frau unseres Kollegen nicht zugestellt! Bis gestern vormittag 11 Uhr war Frau John daher ohne Kenntnis davon, wo und wann ihr Mann entlassen würde. Es war ihr nach vier-

monatlicher Trennung nicht möglich, ihren Gatten beim Austritt aus dem Gefängnis zu begrüßen und sie war selbstverständlich über sein Schicksal in größter Unruhe, glaubte ihn krank oder verunglückt oder gar wegen irgend welcher anderer, ihr unbekannter gebliebener schwebender Verfahren zurückgehalten. Das schlimmste aber, die Fahrt im „grünen Wagen“, blieb unserem Kollegen nicht erspart! Er, der sein „Verbrechen“ begangen, um einem nach der Ueberzeugung Tausender unschuldig Verurteilten beizuspringen, er, der im schlimmsten Fall sich im Mittel begriffen, sicher aber in der alleredelsten Absicht, in der Absicht andern zu helfen, nicht andere zu schädigen, wurde von Zehlendorf durch die Straßen Berlins zwischen gemeinen Verbrechern im Zellenwagen transportiert! Zwar ging man nicht soweit, ihn in eine der Zellen einzuschließen, sondern gestattete ihm den Aufenthalt im Mittelgange des Wagens. Aber selbst diese kleine Modifikation des Verfahrens kann niemandem darüber hinwegtäuschen, daß die zuständige Behörde mit diesem Vorgehen einem ehelichen Manne ohne dringende Veranlassung eine ihm tief kränkende Behandlung hat angedeihen lassen. Wann wird endlich die Behandlung politischer Gefangener in Preußen-Deutschland eine andre werden?

Wegen Einführung des Kilometer-Tarifes auf der Stadt- und Ringbahn will der Bund der Berliner Grundbesitzervereine beim Minister Zielen petitionieren. Wie die Herren Hausbesitzer sich die Einführung eines Systems der Preisberechnung vorstellen, das 1893 glücklicherweise aufgehoben wurde, ist nicht klar; und will scheinen, daß eine Berechnung nach Kilometern auf der Stadt- und Ringbahn für die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse noch viel weniger geeignet ist, als der jetzt bestehende, allerdings völlig unhaltbar gewordene Pfennigstationen-Tarif. Es ist nur eine verständige Tarifreform auf der Stadt- und Ringbahn möglich, und diese besteht in der allgemeinen Einführung des Zehnspfennig-Tarifs, wie er für den Straßenbahnverkehr seit Anfang dieses Jahres in Kraft ist. Während früher eine Stadtbahnfahrt selbst in der zweiten Klasse vor einer Pferdebahnfahrt den Vorzug der Wohlfeilheit hatte, fährt man heute, so weit größere Strecken in Betracht kommen, auf der Stadtbahn doppelt und dreifach so teuer als auf der Straßenbahn. Das ist ein Zustand, der beseitigt werden muß und wie gesagt, einzig durch Einführung des Zehnspfennig-Tarifs beseitigt werden kann.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl von acht unbesoldeten Stadträten tagte am Dienstagabend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langemann. Es wurde beschlossen, sämtliche unbesoldeten Stadträte, Fischbeck, Keller, Hübner, Marggraf, Dr. Münsterberg, Dr. Straßmann und Struve, deren Wahlzeit am 1. Januar nächsten Jahres abläuft, der Stadtverordneten-Versammlung zur Wiederwahl vorzuschlagen und an Stelle des schon ausgeschiedenen Stadtrats Bail den Stadtverordneten Kalisch (wird) der Versammlung zur Neuwahl zu empfehlen.

Auskunftsstellen für Gesundheitspflege. Der deutsche Verein für Volkshygiene teilt uns mit, daß er eine Erneuerung auf medizinischen Gebiete einzuführen beabsichtigt. Es sollen mit Beginn des Winters hygienische Auskunftsstellen in vier verschiedenen Bezirken der Stadt eingerichtet werden, wo Unbemittelte an zwei Tagen der Woche unentgeltlich sich in allen jenen Fragen Rat und Auskunft holen können, die auf die Erhaltung der Gesundheit, aber nur auf diese Bezug haben. Solche Fragen sind z. B., wie man sich der Jahreszeit entsprechend kleidet und nährt; wie man wohnen, kochen, schlafen soll; ob Kinder kalt oder warm zu waschen sind; wie weit sportliche Übungen (Radfahren, Eislaufen) empfohlen werden können; wie man sich vor Influenza schützt usw. Es soll hierdurch auch für die Armen gewissermaßen ein Ersatz für die freilich nicht mehr moderne, aber trotzdem beste ärztliche Spezialität, die des Hausarztes, geschaffen werden, und man will ihnen die Möglichkeit geben, durch rechtzeitige Fragen je nach den individuellen Verhältnissen sich die Kenntnisse anzueignen, die notwendig sind, um durch eine rationelle und gesundheitsliche Lebensweise der Krankheit mit ihren bösen Folgen für die wirtschaftliche Existenz vorzubeugen.

Wir glauben von dem Verein, daß er es gut und rechtschaffen mit seinem Bestreben meint. Aber da nun einmal in unserer schönen Welt die Dinge so liegen, daß in sehr vielen Fällen gerade den Armen mit Rückschlagen, wie man wohnen sowie sich kleiden und nähren soll, relativ wenig geholfen ist, so hat das Bestreben des Vereins eine gewiß ungewollte Behülfe mit dem Jucium des braven Chirurgen in Heines Gedicht, der sich bei der Leichenschau in der Dachkammer folgendermaßen äußerte:

Die strenge Witterung, erklärte er, Mit Regenleere vereinigt, Hat beider Ableben verursacht, sie hat Zum mindesten solches beschleunigt.

Wenn Fröste eintreten, legt er hinzu, Sei höchst notwendig Verwahrung Durch wollene Decken, er empfahl Gleichfalls gesunde Nahrung.

Die Frequenz im städtischen Familien-Obdach war gestern vormittag, wie der Magistrats-Berichterstatler meldet, durchaus normal; vorgestern wurden 48 Familien aufgenommen, dafür haben gestern mehrere Familien, die Wohnung gefunden haben, das Obdach verlassen. Diese Mittelung läßt auf eine Verringerung der Wohnungsnot, die niemand dringlicher wünscht als wir, noch keine Schlüsse zu. Auch früher kamen die hauptsächlichsten Zugzüge erst am späten Abend des Anzugesstages sowie an den Tagen darauf, da die Obdachlosen tagsüber so lange als möglich die Stadt nach Wohnungen absuchten.

Der Fleischverbrauch in Berlin war im Jahre 1899/1900 158 879 972 Kilogramm, etwa 12 Millionen Kilogramm mehr als 1898/1899. Diese Steigerung ist hauptsächlich durch die starke Bevölkerungszunahme der in Bezug auf ihren Fleischbedarf vorzugsweise auf die Berliner Großschlachtereien angewiesenen Vororte zu erklären.

Von Herrn Apotheker Rothe, Charlottenburg, erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nummer vom 28. September führt der „Vorwärts“ als Beweis für die Vermehrung der Zahl derjenigen Apotheker, welche die Lage nicht als rosig ansehen, die Thatsache an, ich hätte neulich zu einem Beamten der Charlottenburger Allgemeinen Orts-Arztanstalt gesagt, die Apotheker würden zu einem Rezeptur-Rabatt von 10—15 Prozent bereit sein. Da ich mich nicht erinnere, in den letzten drei Monaten einen solchen Beamten gesehen zu haben, so kann auch diese Äußerung nicht neulich von mir gemacht worden sein, abgesehen davon, daß mir die Verechnung, in Namen der Allgemeinheit zu sprechen, fehlte. O. Rothe, Charlottenburg.

Unser Gewährsmann bemerkt hierzu: „Das Erinnerungsvermögen des Herrn Rothe wird jedenfalls gestärkt werden, wenn ihm mitgeteilt wird, daß der betreffende Beamte der Charlottenburger Allgemeinen Orts-Arztanstalt der Rezeptreviseur der Kasse war und daß derselbe die Äußerungen des Herrn Rothe auch als nichts anderes, als seine persönliche Meinung ausgelegt hat, aber auch nicht Anstand genommen hat, von dieser Meinung andern Mitteilung zu machen.“

Der Verordnung, die Sitzgelegenheit betreffend, scheinen viele Geschäftsinhaber mit passivem Widerstand zu begegnen. Auf eine Beschwerde von Handlungsgehilfen über mangelhafte Umkehrhaltung der Vorkehrungen über die Sitzgelegenheit in offenen Verkaufsstellen und die Anfrage, ob durch die Erlaubnis, die für die Kundenschaft bestimmten Stühle zu benutzen, mit der eine Anzahl von Geschäftsinhabern die Anforderungen des Gesetzes zu erfüllen glauben, den gesetzlichen Bestimmungen Gemüge geschehe, hat sich der Polizeipräsident von Windheim zu Gunsten eines größeren Schutzes der Angestellten ausgesprochen. Es heißt in seinem Bescheide: „Ich nehme an, daß unter „Sitzgelegenheit“ im Sinne der Bundesrats-Verordnung vom 28. November v. J. Stühle, Klappstühle u. d. d. zu verstehen sind, welche dem Geschäftspersonal jeder Zeit zur Verfügung stehen, daß hierunter also diejenigen Stühle, die zur Benutzung für die Kundenschaft aufgestellt sind, nicht zu rechnen sind. Es dürfte sich empfehlen, bekannte Fälle, in denen das Geschäftspersonal auf die Benutzung der für die Kundenschaft bestimmten Stühle seitens der Geschäftsinhaber verwiesen wird, hier zur Sprache zu bringen, damit die Entscheidung der Strafgerichte darüber herbeigeführt wird.“

Unter verdächtigen Umständen wurde gestern morgen um 9 1/2 Uhr der Kaufmann Eduard Döfler, Greifswalderstr. 11, von seiner angeblichen Richtin, einem Fräulein Alara Kreischerin aus der Rosenthalerstraße, die ihm die Wirtschaft und die Wäcker führte, in seiner Wohnung auf der Chaiselongue liegend, tot aufgefunden. Ein Papier, das man im Zimmer fand, enthält anscheinend einen Rest von Strichmünz. Döfler ist dafür bekannt, daß er mit höheren Beamten und Offizieren Geldgeschäfte machte. Man vermutete daher in seiner Wohnung eine größere Geldsumme und Wertpapiere, Wechsel und dergleichen. Da man aber bei einer Durchsichtigung der Wohnung nichts fand, so liegt der Verdacht auf, daß der alte Mann ermordet und beraubt sein könnte.

Eine spätere Meldung besagt: Obwohl man das Gift vor der Leiche liegend gefunden hat, so steht doch noch keineswegs fest, daß Döfler sich selbst vergiftet hat oder von einem andern vergiftet worden ist. Das Strichmünz scheint mit seinem Tode gar nicht in Zusammenhang zu stehen. Wenigstens spricht der Befund der Leiche dagegen. Diese lag auf der in der Ecke stehenden Chaiselongue lang ausgebreitet und gerade, während Leute, die an Strichmünz sterben, sich im Tode krümmen. Gewißheit über die Todesursache kann nur die gerichtsarztliche Öffnung der Leiche bringen, die gestern abend noch in der Wohnung war. Wenn aber auch festgestellt werden sollte, daß Döfler etwa am Herzschlag plötzlich gestorben wäre, so bliebe doch der dringende Verdacht bestehen, daß bei seinem Tode nicht alles mit richtigen Dingen zugegangen ist. Die Frage besteht immer, wo die Wechsel und das Geld geblieben sind. Von beiden hatte Döfler stets eine größere Menge bei sich. Das beachte die Natur seiner Geschäfte mit sich. Gefunden ist nun aber nichts. Neben der Möglichkeit, daß der alte Döfler ermordet und beraubt worden sei, besteht auch die, daß sich jemand, der zufällig in seine Wohnung kam, sich nach seinem natürlichen Tode sein Eigentum aneignete.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge verursachte gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr am Hadeschen Markt eine große Verkehrsstörung. Dort stieß ein Motorwagen auf einen Anhängewagen mit solcher Gewalt auf, daß die Hinterplattform und der Kasten des Anhängers total zerstört wurden. Da die Kräfte der beiden Wagen gebrochen waren, so drohte diese herabzufallen. Der zertrümmerte Wagen wurde nach dem Depot geschafft. Passagiere sind bei dem Zusammenstoß glücklicherweise nicht verletzt worden.

Ein Opfer der Straßenbahn wurde gestern abend ein unbekannter Mann in der Kapbachstraße. Als der Wagen Nr. 4 der Linie General-Papestraße-Bismarckplatz um 8 1/2 Uhr vom Tempelhofer Felde herabgefahren kam, wollte der Mann vor dem Hause Kapbachstr. 3 den Fahrdamm überschreiten. Der Wagenführer rief ihm vergeblich zu, und bevor er auf der abschüssigen Bahn den Wagen zum Stehen bringen konnte, lag der Unbekannte schon unter der vorderen Plattform. Obwohl die Räder nicht über ihn hinweggingen, brachte ihm der Unfall doch den Tod. Der Mann wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit auf der Unfallstation in der Besenlaube-straße, wohin zwei Herren ihn mit einer Droschke brachten, seinen Geist aufgab. Den Wagenführer scheint in diesem Fall keine Schuld zu treffen. Wenigstens sagen Anwohner, es habe fast geschienen, als ob der Mann den Tod gesucht habe. Vielleicht ist er auch angetrunkener oder taub gewesen. Die Leiche wurde beiseitegenommen und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein eigenhändiger Diebstahl ist am Montagnachmittag auf dem Hofe des Hauses Leipzigerstraße 72 verübt worden. Dort waren Arbeiter der Firma Pöschel damit beschäftigt, verschiedene Ladenkisten zu befüllen. Eines davon, welches die Aufschrift „Kajolika“ trug, war plötzlich verschwunden, als die Arbeiter es von dem Hofe, wo sie es aufgestellt hatten, abholen wollten. Das Schild hat für den Dieb fast gar keinen Wert; immerhin werden Händler darauf aufmerksam gemacht, daß sie es anhalten, wenn es ihnen zum Verkauf angeboten werden sollte.

Feuer bei der Berliner Untergrundbahn. Auf dem Stapelplatz für das Baumaterial an der Südecke des Bismarckplatzes ging heute nacht gegen zwei Uhr eine Barade in Flammen auf, in der sich eine Schmelze befand. Die Feuerwehre war rasch zur Hand und gab solche Wassermengen in die Flammen, daß die übrigen Baraden des Stapelplatzes erhalten blieben.

Feuerbericht. Ein großer Dachstuhlbrand wütete Dienstagnachmittag in der Wäckerstr. 11. Das in einer Dachwohnung des Seitenflügels ausgekommene Feuer griff schnell um sich und irrgang auch auf das Vorderhaus über, so daß die Feuerwehre unter Benutzung von zwei mechanischen Leitern mit vier Röhren vorgehen mußte. Nicht nur ein erheblicher Teil der Dachstuhl, sondern auch die Einrichtungen verschiedener Wohnungen wurden eingeeigert, so daß der verursachte Schaden erheblich ist. Der Straßenbahnverkehr in der Wäckerstraße war eine halbe Stunde lang unterbrochen und durch die Schneisenausträge abgelenkt. Montagabend erfolgte Fällensstr. 28 ein Küchenbrand. Roststr. 2 brannte eine Bäckerei und Bernauerstr. 48 eine Werkstätte. In der Prinzenstr. 86 hatte sich Benzin entzündet, ohne indes wesentlichen Schaden zu verursachen. Wohnungsbrände waren noch Siuiermünderstr. 78 und Rüdernstr. 106 abzulösen.

Das Berliner Verkehrs-Verzeichnis (Verlag von Max Schönbberger, Preis 30 Pf.) ist in der Winterausgabe sieben erschienen. Das treffliche Verkehrsverzeichnis giebt wieder eine erschöpfende Fülle von Angaben über ganz Berlin und seinen Verkehr und bringt die Winterfahrpläne sämtlicher Straßenbahnen und Eisenbahnen. Ein bequemer, in Seitenform beiseigter Plan von Berlin in 9 Sektionen vervollständigt das handliche Taschenbuch.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Am 4. resp. 14. Oktober beginnt in unsren beiden Abteilungen: Centrale, Dresdenstr. 45 und Filiale Neuenstr. 150, je ein neuer Samariterkursus. Die Teilnehmer werden darin unterrichtet: a) in der ersten Hilfe bei Unfallsfällen; b) in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen gefährlichen Krankheitszuständen; c) in den Grundzügen der Krankenpflege. Zu gleicher Zeit ist dieser Kursus eine Vorstufe für unsere Samariterkolonne. In jeder Abteilung finden 11 Lehrgangenden 14 tägig statt. Die Ausbildung wird erzielt durch theoretische Vorlesungen und praktische Übungen, wozu ein reichhaltiges Aufbaumaterial und Verbandmaterial zur Verfügung steht. Ebenso steht den Teilnehmerinnen zum häuslichen Studium die Bibliothek unentgeltlich zur Verfügung. Da unsere Kurse die Teilnehmer in uneigennütiger und aufopfernder Weise belehren, so erhebt der Samariterkursus nur zur Ergänzung und Instandhaltung seines Lehrmaterials ein Eintrittsgeld von 25 Pf. und einen monatlichen Beitrag von ebenfalls 25 Pf. Der Besuch der ersten Lehrstunde steht jedermann als Gast frei und verpflichtend zu nichts. Zur weiteren Auskunft ist der Vorstehende E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 40, gern bereit.

Auf Wunsch werden von demselben Lehrpläne zugesandt. Alles Weitere wird durch Inserate bekannt gemacht. Der Vorstand.

Die vollständigen Kurse von Berliner Hochschullehrern umfassen in ihrer ersten Reihe für die Monate Oktober, November und Dezember d. J. die folgenden Vorlesungen: 1. Prof. Waldeyer, „Herz und Blutgefäße“, 2. Privatdocent Dr. Georg Hultsch, „Anatomie“, 3. Professor Diels und Privatdocent Dr. Helm, „Einführung in die lateinische Sprache“, 4. Prof. Martin Mendelssohn, „Die Krankenpflege, ihre Hilfsmittel und ihr Heilwert“, 5. Geheimrat Dr. Stephan, „Deutsches Staatsrecht“, 6. Privatdocent Dr. Gotth. Graef, „Die antike Kunst seit Alexander dem Großen“, 7. Prof. Hoeniger, „Soziale Geschichte Deutschlands von der Reformation bis zur Revolution“, 8. Prof. Dr. Lampe und Privatdocent Dr. Steinig, „Einführung in die Geometrie“, 9. Privatdocent Dr. Bilg, „Die Kulturpflanzen, ihre Geschichte und Verbreitung“, 10. Prof. Reesens und Privatdocent Dr. Schlimm, „Physikalischer Elementarkursus mit praktischen Übungen“. Ausführliche Pläne sowie Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den Kursus sind zu haben bei Georg Belling, Eigarrenhandlung, W., Leipzigerstraße 136; A. Schütz, Rentant, O., Holzmarktstr. 60 (10-1 und 4-6 Uhr); Chr. Tischendörfer, C., Sophienstr. 20, pt. im Laden (8-7 Uhr); J. E. Lederer, Buchhandlung, W., Aurfürstenstraße 70; Bernhard Star, Buchhandlung, SW., Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, W., Rütchenerstraße 23 (8-3 Uhr). Zum Kursus Nr. 10 sind die Eintrittskarten bereits vergriffen.

Der städtische Gewerbeausschuss veranstaltet von Mittwoch, den 2. Oktober bis Sonntag, den 6. Oktober eine Ausstellung von Schularbeiten in den Räumen des Schulhauses hinter der Garnisonkirche. Die ausgestellten Arbeiten des am 1. Oktober abschließenden Schuljahres gestalten einen Einblick in die Ziele und Leistungen der Anstalt. Die an den Wänden und Tischen angelegten Plakate der Fortschritte, sowie der Aufsätze für Maschinenbau, Bau- und Kunststoffe, Bräunerei- und Elektromechanik und der Tagesklassen, geben Aufschluß über die strenge Anweisung des Unterrichts an das abstrakte Praktische und die Aufnahme der neuesten Erzeugnisse der obengenannten Betriebe in den Lehrstoff. Der Besuch ist unentgeltlich.

Die 7. städtische Fortbildungsschule, kaufmännische und gewerbliche Bildungsanstalt für Mädchen, Raudnitzstr. 63, beginnt ihre Unterrichtsstunden für das Wintersemester am Mittwoch, den 9. Oktober. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch (Rechtschreibung, Briefstil, Aufsatz, Lektüre), kaufmännische Korrespondenz, Schreibrufen, gewerbliche Zeichnen, Geometrie, Turnen, Maschinenbau, Nähmaschinen, Schneidern, Nähen, Putzmachen, sowie alle weiblichen Handarbeiten mit Ausschmückarbeiten und Wäscheherstellung. Außerdem wird Französisch und Englisch für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch gelehrt, sowie auch die Stenographie nach Stolze-Schrey und Übung im Gebrauch doppelter Schreibmaschinen erworben. Das Schulgeld beträgt monatlich 50 Pf. für Schneidern und Nähen 1 M., Stenographie und Wäscheherstellung 1 M., für fremde Sprachen halbjährlich 3 M. Anmeldungen des Nachmittags von 4 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindefunkst. Raudnitzstr. 63, beim Rektor Sonder.

Die 11. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge, N., Radenstr. 4 am Bahnhofs Vorplatz, verbunden mit einer Abteilung des Gewerbeausschusses, gewährt jungen und alten Leuten Gelegenheit zu vollständiger Ausbildung in sämtlichen Lehrgangsfächern sowohl für kaufmännische wie gewerbliche Berufe. Der Unterricht beginnt am Mittwoch, den 9. Oktober. Anmeldungen nimmt Herr Dirigent Beilgemein im Schulhause, 1 Treppe, Zimmer 19, entgegen.

Orgelkonzert. Orgel- und Violin-Konzerte, Quartette, Terzette und Arien von Bach, Handel, Haendel, Mendelssohn, Wädel, Gounod, Kreutzer und Wien werden Mittwoch, den 2. Oktober, mittags 12 Uhr, in der Marienkirche durch Herrn Musikdirektor Otto Dienel, Fräulein Gertrud Kauflich, Fräulein Votte Diemel, Herrn Alexander Guntz, Herrn Carl Knob, Herrn Hans Buhlenius, Dänisch, dessen Tochter Eva Buhlenius und Herrn Draganj Paul Dener aufgeführt. Der Eintritt ist frei.

Theater. Im Metropol-Theater ist das Schauspiel der Sahare verhängt worden. — Im Deutschen Theater gehen am Freitag neuaufgeführt Herrsch. Hauptmanns „Einsame Menschen“ in Szene. — Im Thalia-Theater wurde gestern die Feste „Ein toller Geschäft“ zum 2. Male gegeben. — Im Schiller-Theater wird am Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags Sudermanns Schauspiel „Der Mann“ zur Aufführung kommen. Die erste Aufführung des Lustspiels „Ein toller Tag“ oder „Figaros Hochzeit“ von Beaumarchais, in der Bühneneinrichtung von Dingeldey, ist für den 9. Oktober in Aussicht genommen.

Der Zoologische Garten hat für seine Sammlung von Zwerg-Austriern einige sehr bemerkenswerte Ergänzungen erhalten. Es sind das drei Ceylon-Kantichils, gefleckte Zwerg-Moschustiere, die nächsten Verwandten des sonderbaren Giraffenkells, *Hyamochus aquaticus*, welches vor vielen Tausenden von Jahren auch in Deutschland lebte und dessen Reste unter dem Namen *Dorcatherium* von Knap beschrieben worden sind. Die Zwerg-Moschustiere sind früher viel weiter verbreitet gewesen als heute. Jetzt bewohnen sie nur das westliche Afrika zwischen Kamerun und Gadam, die Insel Ceylon, das südliche Hinterindien, die drei großen Sunda-Inseln und die westlichen Philippinen. Eine sehr hübsch gefärbte Art, deren Vaterland heute noch nicht bekannt ist, wurde vor mehreren Jahren in drei Exemplaren hier im Zoologischen Garten entdeckt und als *Tragulus anna* zu Ehren der leider so früh verstorbenen Tiermalerin Anna Ratichie-Feld beschrieben. Die genannten drei Kantichils wurden dem Garten durch die gütige Vermittlung des Herrn Rechnungsrats Sturz in Friedenau von den Herren Obermaschinenführer Huse mehrer und Marine-Oberzahlmeister Kunz zum Geschenk gemacht.

Dem Berliner Aquarium sind von vier Seiten Reptilien aller Ordnungen und Erdteile zugegangen, so daß die Reptilienabteilung einen außerordentlichen Zuwachs erfährt. Am meisten hat Südamerika beigetragen, indem von dort sechs Species in 24 Exemplaren eintrafen. Unter ihnen befinden sich vier Stück jener lang- und zartschwänzigen Eidechsen, die in den wärmeren Gegenden Amerikas die *Chamaeleon* Arten und Arten vertreten, indem sie, ohne mit diesen in Gestalt und Körperbau näher verwandt zu sein, wie die Chamaeleon die Fähigkeit besitzen, ihre Färbung, welche die Töne Grün, Braun, Rot, Weiß, Blau usw. annehmen, zu wechseln und zu vermindern. Von Schlangen kamen aus der neuen Welt außer drei haitianischen Wasserboas neue Gattungen an, und zwar mehrere ebenso schön gefärbte wie gefährliche Diamant-Schlängeln und vier Stück der über Brasilien, Guyana usw. verbreiteten und dort als giftige und bösartige Schlange weit mehr denn die Kopperfalsche gefährdeten *Urocaelis*. Diese beiden neuen Zugänge im Verein mit einer unglückseligen *Charitra* eingetragenen gewaltigen *Siper* (*Bitis gabonica*) haben die Schlangensammlung des Aquariums zu einer reicheren Reichhaltigkeit gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer Montagung zunächst eine vorher für unbegründete erklärte Reklamation eines hiesigen Einwohners gegen die Nichtaufnahme in die Wählerliste für begründet erklären müssen. — Wie man in untrer freisinnigen Stadtvertretung zum das örtliche höhere Schulwesen befragt ist, ergab sich bei dem Magistratsantrag, an der hiesigen höheren Mädchenchule eine Oberlehrer- und eine Lehrerinnenstelle, und an der Hohenzollernschule sogar drei Oberlehrerstellen zu errichten. Möchte eine ähnliche Fürsorge auch der Gemeindefunkstule zu teil werden! Dem Schuldiener an der neuerbauten Schule in der Feurigstraße bewilligte man für das nächste halbe Jahr eine Pensionshöhe von 200 M., außerdem 37,50 M. für Mehrleistungen, die durch Uebersteigerung der ursprünglichen Anzahl der Klassenzimmer entstanden sind. — Einem Ansuchen überreichte wurde ein Magistratsantrag, die zwei Jahre übersteigende Hilfslehrerzeit an der hiesigen Hohenzollernschule im Befoldungsdienstalter anzunehmen. — Der Stadtv. Bahmannsdorf brachte sodann noch eine eigenständige Sache zur Sprache, welche den gesundheitsschädlichen Zustand der Dienstwohnung des Direktor Bartels an der Hohenzollernschule betrifft. Danach wollte letzterer sich eine längere Krankheit, wegen der ihm 6 Monate Urlaub bewilligt wurden, nur in dieser Dienstwohnung zuzuziehen haben, trotzdem, wie hierbei behauptet wurde, diese nach seinen speziellen Wünschen hergerichtet wurde. Um nun nicht zu Widerstandes Anlaß zu geben, will der Magistrat diese Angelegenheit eventuell durch Sachverständige untersuchen lassen. — In den Ausschuss für Haftpflicht-Versicherung der Lehrer wurde auch Genosse Obst gewählt.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Wenn man bedenkt, welcher Mühe und Arbeit, welcher jahrelangen anstrengenden Kation durch die Arbeiterchasse es bedarf hat, um die städtischen Körperchassen, sogar als sie noch das sogenannte „Dorparlament“ bildeten, zur Errichtung eines eignen örtlichen Krankenhauses zu veranlassen, und wenn man sieht, mit welcher schmerzhaften Langsamkeit eine solche in das kommunale Leben so tief einschneidende Maßregel verwirklicht wird, dann kann man hoffentlich einer solchen Romantikalverehrung ein übergroßes Verständnis für sozialpolitische Aufgaben nicht nachsagen. Schon im Frühjahr dieses Jahres, nachdem der Bau des Krankenhauses beselossene Sache war, neigte man bei Gelegenheit der Besprechung der inneren Einrichtung allgemein der Ansicht zu, daß bestimmt diesen Herbst noch mit den Schachtarbeiten begonnen werden dürfte, insbesondere da die Pläne und Entwürfe bereits längst fertig gestellt und genehmigt waren. Aber noch regt sich nicht das geringste, ja, die Krankenhaus-Deputation soll seit schon drei Monaten in dieser Angelegenheit nicht zusammengetreten sein. Angesichts der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen werden die Wähler der dritten Abteilung diesem die Arbeiterchasse besonders interessierenden Gegenstand jedenfalls ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und sich klar darüber werden, von welcher Seite allein eine würdige Vertretung ihrer Interessen nur erfolgen kann.

Das soziale Bewußtsein unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts. Aus Neu-Weißensee schreibt man uns: Vor Monaten schon wurde auf Grund einer Verfügung eine Gesundheitskommission gewählt, die bis heute noch nicht in Tätigkeit getreten ist. Die Verzögerung ist, wie angegeben wird, darin zu suchen, daß der Gemeindevorsteher noch keine Zeit gehabt habe, diese Kommission zusammenzubringen, ein Einwand, der die Bezeichnung billig und schlecht verdient. Gerade in den Vororten steht für die Tätigkeit einer solchen Kommission ein weites Feld offen, und wenn die erwähnte Ausrede zutrifft, so beweist dies eben aufs schlagendste, daß das jetzt herrschende Verwaltungssystem je eher desto besser beseitigt werden muß. Hebrigens, was sagt die versagende Behörde zur Verschleppung dieser Angelegenheit?

Aus Lichtenberg wird uns zu der Frage des Terrainverlaufs geschrieben: Das gehört zum Geschäft. Zuerst ist der Generalvertreter des Fürsten Henkel von Donnersmarck mit seinem Verlangen, in die Ausgemeindung des fürstlichen Terrains zu willigen, da Berlin für diesen Fall Käufer derselben seien würde, um seine Schlacht- und Viehhofsanlagen erweitern zu können, von der Gemeindevertretung abgewiesen worden. Unser Genosse Grauer wies hierbei im besonderen darauf hin, daß der Herr Generalvertreter zu glauben scheint, die Gemeindevertretung von Lichtenberg sei zusammengesetzt aus Leuten, die auch dann ein „Geschäftchen“ machen, wenn die Interessen der Gemeinde darunter leiden. Zum drittenmal erscheint der Herr jetzt auf dem Plane und die Summe von 500 000 Mark ist der Höhe, auf den ein allem Anschein nach von ihm ganz richtig eingeschätzter Teil der Gemeindevertretung anbelangt wird. Es muß hier die triviale Redensart von „Wahrung des Gemeinwohls“ herhalten, auch spielt die Phrase von der Hebung des Ortes durch Verwendung der 500 000 M. zu gemeinnützigen Zwecken (gemeint ist nicht etwa die Wertleistung des Grundbesitzes!) eine Rolle. Wie trivial klingen solche Redensarten doch im Munde untrer Grundbesitzer, die genau wissen, daß die Gemeinde Lichtenberg nicht einen Morgen ungebauten Grund und Boden besitzt, die genau wissen, daß über kurz oder lang die Gemeinde ihre soziale Pflicht in der Wohnungsfrage nicht mehr wie bisher verlegen kann. Und hier sollen Hunderte von Morgen ungebauten Landes (es handelt sich um ein Objekt von 7 1/2 Millionen Mark abgetreten und der Bebauung entgegen werden. Erinnert sich die Gemeindevertretung nicht des Ministerialerlasses in Sachen der Wohnungs- und der Grund- und Bodenfrage? Ober ist der Gemeindevorstand sicher, daß hier sein Eingriff in die sog. „Selbstverwaltung“ geschehen wird? Gemeindevorstand muß das Land werden, nicht Spekulationsobjekt, das ist die einzig richtige Antwort auf das nicht allzu reichhaltige Auftreten der Herren „Geschäftsleute“. — Hinter verschlossenen Thüren wurde die bedeutungsvolle Angelegenheit verhandelt, um dann einer aus zwölf Mitgliedern bestehenden Kommission überwiegen zu werden. Auf diese „Gemeindefürerei“ ist wohl auch der Krach im „Vürgerberater“ zurückzuführen, denn hier läßt unser Ortsblatt ein Missgeschick, ob wir“ verraten und verkauft seien, wie zu Zeiten des Verkaufes des hiesigen Viehhofsterrains. Aber Herr Pong ruft vorwurfsvoll: „Wo ist die Gerechtigkeit? Zum erstenmal zeigt sich der Geist des Widerspruchs gegen mich, und das angefaßt des Unfandes, daß es die bösen Töchter sind, die durch ihre acht Stimmen und das Geschäft verderben können!“ — Der Herr Generalvollmachtigte konnte seine Pappentzerner, ein „solches Geschäftchen“ kommt nicht alle Tage wieder. Hoffen wir, daß Genosse Weil recht behält mit seinem Anspruch: Die Gemeinde Lichtenberg bleibt ein ungeteiltes Ganzes!

Die Wasser- und Wasserversorgung des Vorortes Friedrichsfelde wollte die Gemeinde Lichtenberg weiter übernehmen, welche das private Wasserwerk, das bis jetzt auch Friedrichsfelde versorgt, in eigenen Besitz übernehmen hat. Die Gemeindevertretung von Friedrichsfelde lehnte jedoch die von Lichtenberg gestellten Bedingungen mit allen gegen eine Stimme ab.

Die Straßenbeleuchtung in Friedrichsfelde soll verbessert werden. Statt der jetzt benutzten elektrischen Glühlampen in Stärke von 16 Kerzen sollen solche von 25 Kerzen eingeführt werden. Die Kosten für die öffentliche Beleuchtung erhöhen sich dadurch von 8000 M. auf 12 000 M.

Großfeuer kam in der letzten Nacht in Pflanzensee auf Charlottenburger Gebiet zum Ausbruch. Gegen 10 Uhr fanden dort am Spandauer Schiffahrtskanal, der Chauffee nach Spandau und Saathwinkel, nicht weit von der Straßenspalte Pflanzensee, den Petroleum-Tank der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft und den Kesselturbinen von Bigandow, große Holzstapelplätze in geräumiger Ausdehnung in Flammen. Diese waren weithin sichtbar und wurde die Feuerwehre nicht weniger als fünfmal alarmiert. Erst nach großen Anstrengungen konnte das Feuer gelöscht werden.

Vermischtes.

Schiffszusammenstoß auf der Ostsee wird aus Ralswiek berichtet: Montag sekte ein holländischer Dampfer an der Ostküste von Deland 17 Mann der Besatzung des Dampfers „Marie“ aus Helsingborg an Land, welcher mit einer Holzladung an Bord von Riga nach Grangemouth unterwegs war. Die „Marie“ war um 3 Uhr früh von dem Lübecker Dampfer „Afrida“ angekommen worden. Nach einigen Stunden sank die „Marie“. Ein Rettungsboot ist nach der Unglücksstelle berufen.

Brandkatastrophe auf hoher See. Der englische Dampfer „Glengole“, nach Kapstadt unterwegs, ist, wie aus Kapstadt gemeldet wird, durch eine Feuerbrunst völlig zerstört worden. Die Mannschaft bekämpfte das Feuer vier Tage lang und besetzte die Boote erst, nachdem die Kommandobrücke durch eine Explosion in die Luft geflogen war.

Ueber ein Eisenbahn-Unglück wird aus Bamberg berichtet: Gestern vormittag fuhr in der Station Reutenmarkt ein Rangierzug dem ausfahrenden Güterzug in die Seite, wodurch 3 Maschinen und 4 Wagen entgleisten und mehr oder weniger stark beschädigt wurden. Der Heizer Müller von der Rangiermaschine brach den Fuß. Sonst kamen keine Verletzungen vor. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ein- und Ausfahrt gegen Hof und Bagreuth ist vorläufig gesperrt. Der Zugverkehr wird durch Umparkierung aufrecht erhalten.

In Stralburg ist die 46. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner gestern unter sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet worden.